

Moscheen in Deutschland und Österreich. Grundrecht oder Provokation?

Nina Hechenblaikner

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: assoz. Prof. Mag. Dr. Eva Pfanzelter (MA)

eingereicht im: SoSe 2017

Rubrik: BA-Arbeit

Abstract

Mosques in Germany and Austria. Fundamental right or provocation?

This bachelor thesis presents the similar dynamics regarding the conflicts encircling mosques in Germany and Austria. As the political and societal conditions are too much alike in both countries to divide the conflicts nationally, their main differences are either of a regional nature or rooted in specific developments of a community. The binding element of both German and Austrian conflicts regarding mosques is the media's strong influence, which was, through virulent reporting, the cause of many conflicts in the first place.

1. Einleitung

„Alle Religionen sind gleich und gut, wenn nur die Leute, so sie professieren, ehrliche Leute sind. Und wenn Türken und Heiden kämen und wollten das Land peuplieren, so würden wir ihnen Moscheen und Kirchen bauen.“¹

Dieses Zitat stammt von Friedrich II., König von Preußen. Er wählte diese Worte, um zu verdeutlichen, dass alle Religionen in seinem Königreich willkommen wären. Heute, fast 300 Jahre nach der Regierungszeit Friedrichs II., scheint die Offenheit und Toleranz,

¹ Friedrich II., König v. Preußen, zit. in: Ulrich Schwarz, Vom Schlachtfeld zur Kulturnation. Ein Volk erkennt sich selbst, in: *Spiegel Special* 1 (2007), S. 40–48, hier S. 48, [<http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/50620291>], eingesehen 23.9.2017.

die er propagierte, noch immer nicht in der europäischen Gesellschaft verankert zu sein.

Diese Arbeit geht der Frage nach, ob und wie sich Moscheekonflikte in Österreich und Deutschland voneinander unterscheiden. Im Vorfeld stellt sich daher die Frage, warum es gerade beim Bau von muslimischen Gebetshäusern in Österreich und Deutschland häufig zum Widerstand sowohl von Seiten der Politik als auch von der ansässigen Bevölkerung kommt. Um diese Fragen beantworten zu können, muss zuerst ein genauerer Blick auf den Islam in den beiden Ländern geworfen werden. Dabei wird auch darauf eingegangen, wie viele Gläubige in dem jeweiligen Land leben und wie sie organisiert sind. Ein weiterer wichtiger Aspekt zu diesem Bereich ist die rechtliche Stellung des Islam. Um weiter auf Moscheekonflikte einzugehen, gilt es zunächst, den Begriff „Moschee“ genauer zu definieren. Wichtige Fragen hierbei sind, was eine Moschee auszeichnet, welche Arten von Moscheen es gibt und wie diese voneinander unterschieden werden. Daraufhin wird erörtert, wie sich die Konflikte um Moscheen entwickeln. Hierbei wird vor allem auf typische Verlaufsmuster und (nationale) Unterschiede und Gemeinsamkeiten geachtet.

Als Quellen werden hierfür Zeitungsartikel herangezogen. Dazu wurden in den Online-Archiven der Zeitungen Beiträge recherchiert, die im Zusammenhang mit den jeweiligen Konflikten entstanden sind. Um das Untersuchungsfeld weiter einzugrenzen, wurden nur jene Artikel berücksichtigt, die den jeweiligen Konflikt direkt und ausführlich thematisierten. Sie wurden dahingehend analysiert, wie über die Konflikte und die Konfliktparteien berichtet wurde. Dabei lag der Fokus darauf, ob die Bauherr_innen, Befürworter_innen und Gegner_innen des Projekts selbst zu Wort kamen oder ob es sich vor allem um ein „Sprechen über“ handelte. Ein weiterer wichtiger Punkt war, ob in den Artikeln Wertungen vorgenommen wurden und welches Stimmungsbild die Beiträge zeichneten. Als neutral galt die Berichterstattung, wenn die Ansichten aller am Konflikt beteiligten Parteien berücksichtigt wurden, keine (expliziten oder auch impliziten) Wertungen vorgenommen wurden und keine Präferenzen oder Sympathien für eine Konfliktpartei zu erkennen waren. Für die Auswertung der Berichte wurde auf Methoden der kritischen Diskursanalyse² zurückgegriffen. Natürlich muss bei der Verwendung von Zeitungsartikeln besonders darauf geachtet werden, dass diese indirekte Erfahrungen widerspiegeln und daher nicht als Darstellungen der Realität gesehen werden können. Neben Zeitungen bildet auch die Fachliteratur eine wichtige Grundlage für diese Arbeit. Seit etwas mehr als einem Jahrzehnt werden Moscheekonflikte zunehmend aus wissenschaftlicher Perspektive untersucht. Dabei beschäftigen sich Wissenschaftler_innen aus unterschiedlichsten Disziplinen mit der Thematik. So können beispielsweise Ernst Furlinger³ (Religionswissenschaftler), Claus

2 Siegfried Jäger, *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Münster 2009; Siegfried Jäger/Jens Zimmermann (Hrsg.), *Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste*, Münster 2010.

3 Ernst Furlinger, *Moscheebaukonflikte in Österreich. Nationale Politik des religiösen Raums im globalen Zeitalter* (Wiener Forum für Theologie und Religionswissenschaft), Göttingen 2013.

Leggewie⁴ (Politikwissenschaftler) und Richard Potz⁵ (Rechtswissenschaftler) hervorgehoben werden.

Die der Arbeit zugrundeliegende These lautet, dass Moscheekonflikte in Deutschland und Österreich meist ähnliche Dynamiken aufweisen. Sowohl die politischen als auch die kulturellen Gegebenheiten der beiden Länder ähneln sich zu sehr, als dass von nationalen Unterschieden gesprochen werden könnte. Viel eher erklären sich vorhandene Unterschiede der einzelnen Konflikte durch lokale Gegebenheiten und/oder spezifische Entwicklungen. Gemeinsam haben Moscheekonflikte in Österreich und Deutschland in jedem Fall, dass sie stark durch die mediale Berichterstattung beeinflusst, angeheizt oder sogar gänzlich durch die Medien geführt werden.

2. Moscheen

Zunächst gilt es, den Begriff „Moschee“ genauer zu definieren. Die deutsche Bezeichnung für islamische Gotteshäuser leitet sich vom arabischen Wort *masdjid* ab. Es bedeutet „Ort, an dem man sich niederwirft“⁶. Obwohl viele Menschen bei dem Wort „Moschee“ an ein Gebäude mit Minarett(en) und Kuppel(n) denken, sind diese sogenannten repräsentativen Moscheen nur ein kleiner Teil jener Gebetshäuser, die im Islam als Moschee bezeichnet werden. Nach islamischer Tradition ist ursprünglich jeder Ort als Moschee zu sehen, an dem zur Gebetszeit gebetet wird.⁷ Heute werden zwei Arten muslimischer Gebetshäuser unterschieden: das Gebetshaus *masdjid* und die Freitagsmoschee *dschami*. In der Freitagsmoschee treffen Gläubige zusammen, um die Freitagspredigt zu hören. Für erwachsene muslimische Männer ist es verpflichtend, dieser Predigt in einer Moschee beizuwohnen. Ursprünglich gab es *dschamis* nur in großen Städten. Mittlerweile gibt es in den meisten Städten mit muslimischen Bewohner_innen Freitagsmoscheen. Der Begriff *masdjid* bezeichnet heute Gebetshäuser beziehungsweise Gebetsräume, in denen Gläubige sich treffen, um die täglichen Gebete gemeinsam zu verrichten. Allerdings besteht keine Pflicht, diese Gebete in einer Moschee zu beten. Es muss nur dafür gesorgt werden, dass Richtung Mekka gebetet wird und dass der Boden dort, wo gebetet wird, rein ist. Zusätzlich sollte sich der Bereich von der profanen Umgebung abheben. Das kann beispielsweise durch einen Gebetsteppich erreicht werden. *Masdjids* entstanden erst später aus dem Bedürfnis, gemeinsam zu beten. Die Freitagsmoschee, *dschami*, stellt also die ursprüngliche Form des islamischen Gotteshauses dar.⁸

4 Bärbel Beinhauer-Köhler/Claus Leggewie (Hrsg.), *Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung*, München 2009.

5 Richard Potz, *Moscheebau in Europa. Eine rechtliche Perspektive*, in: Nina Birner (Hrsg.), *Islam als Teil der Gemeinde. Islam in Österreich. Moscheebau & Dialog – Informationen für Gemeinden, Organisationen & Multiplikator/innen*, Wien 2015, S. 43–55.

6 Sabine Kraft, *Islamische Sakralarchitektur in Deutschland. Eine Untersuchung ausgewählter Moschee-Neubauten (Ästhetik – Theologie – Liturgik)*, Münster 2002, S. 21.

7 Christoph Hohage, *Moschee-Konflikte. Wie überzeugungs-basierte Koalitionen lokale Integrationspolitik bestimmen*, Wiesbaden 2013, S. 31.

8 Islamlexikon, *Moschee. Masdschid und Dschami*, in: *focus online*, o. D., [http://www.focus.de/wissen/mensch/religion/islam/islamlexikon/moschee_aid_12305.html], eingesehen 20.6.2017; Kraft, *Islamische Sakralarchitektur*, S. 21.

Im Gegensatz zur Kirche im Christentum ist die Moschee nicht heilig. Weder *masdjid* noch *dschami* werden als Ort einer sakralen Handlung gesehen. Die Moschee dient Menschen muslimischen Glaubens als „Ort des Gebets, des Studiums, des Glaubens, aber auch des Zusammenlebens und der Begegnung“. Diese Faktoren begünstigten das Entstehen von sogenannten Laden- und Hinterhofmoscheen in vielen europäischen Gebieten.⁹

2.1 Kategorisierung

In der Fachliteratur hat sich die Unterteilung in zwei Arten von Moscheen eingebürgert. Unterschieden werden repräsentative Moscheen und sogenannte Laden- und Hinterhofmoscheen. Die letztere Bezeichnung wird von einigen Personen jedoch als abwertend empfunden. Manche Autor_innen¹⁰ schlagen daher alternative Bezeichnungen, wie etwa Moscheen in umfunktionierten Räumlichkeiten, vor. In dieser Arbeit wird jedoch der umgangssprachlich gebräuchliche Begriff „Hinterhofmoscheen“ verwendet, da er auch in der Fachliteratur häufig für die Bezeichnung solcher Räumlichkeiten zu finden ist. Durch die eben genannten Bezeichnungen ergibt sich bereits eine grobe Definition dieser Art von Gebetshaus. Es handelt sich um Moscheen, die in Räumlichkeiten untergebracht sind, die ursprünglich für einen anderen Zweck erbaut wurden. Häufig wurden ehemalige Geschäftslokale oder Lagerräume zu Gebetsräumen umfunktioniert. Diese Gebetsräume sind sowohl in Deutschland als auch in Österreich ein Phänomen, das sich im Zuge der Arbeitsmigration ab den 1960ern entwickelte.¹¹

Als repräsentative Moscheen werden islamische Gebetshäuser bezeichnet, die durch bauliche Elemente von außen als Moschee erkannt werden können. Typischerweise zählen dazu Kuppel(n) und ein (oder mehrere) Minarett(e). Der Wunsch nach repräsentativen Gebetsräumen entstand bei muslimischen Migrant_innen spätestens dann, als das Einwanderungsland zunehmend als Heimat wahrgenommen wurde.¹²

Der italienische Soziologe Stefano Allievi schlägt eine Alternative zur Kategorisierung in Hinterhof- und repräsentative Moscheen vor. Er unterteilt europäische Moscheen in drei Arten. Gemeinsam haben alle drei, dass sie den Gläubigen für das tägliche Gebet offenstehen. Allievis Kategorisierung lautet wie folgt:

- 1) Islamische Zentren erfüllen neben der Funktion als Gebetsort zahlreiche kulturelle Aufgaben. Dazu zählen beispielsweise Angebote für Frauen und Konvertit_innen, im Bereich der Erwachsenenbildung und Koranschulen. Diese Zentren sind sehr wichtig für die institutionelle und symbolische Repräsentation der Gläubigen. Islamische Zentren befinden sich oft in umfunktionierten

9 Kraft, Islamische Sakralarchitektur in Deutschland, S. 66; IGGiÖ, Moscheen und muslimische Bauten aus praktischer Perspektive, in: Nina Birner (Hrsg.), Islam als Teil der Gemeinde. Islam in Österreich, Moscheebau & Dialog – Informationen für Gemeinden, Organisationen & Multiplikator_innen, Wien 2015, S. 32–42, hier S. 32.

10 Vgl. etwa Hohage, Moschee-Konflikte.

11 Rauf Ceylan, Islam und Urbanität. Moscheen als multifunktionale Zentren in der Stadtgesellschaft, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 183–197, hier S. 186–187.

12 Hohage, Moschee-Konflikte, S. 26.

Räumen – es gibt allerdings auch solche, die intentional erbaut wurden und architektonisch als muslimisches Gebetshaus erkennbar sind. Beide Arten sind nur in manchen großen Städten Europas zu finden. In vielen Regionen gibt es allerdings keine Moschee, die dieser Definition entspricht.

- 2) Intentional erbaute Moscheen sind (meist) durch bauliche Elemente von außen als muslimische Gebetshäuser erkennbar. Dazu zählen Kuppeln und ein (oder mehrere) Minarett(e). In ihrem Aufgabenbereich überschneiden sie sich häufig mit Islamischen Zentren. Allievi definiert die Grenzen zwischen diesen beiden Kategorien nicht genauer, weist aber darauf hin, dass es sich bei intentional erbauten Moscheen um „real masgids“ handelt.
- 3) Gebetsräume sind meist in umfunktionierten Räumlichkeiten untergebracht. Sie bieten hauptsächlich einen Ort, an dem die täglichen Gebete und das Freitagsgebet vollzogen werden können. Einige Gebetsräume bieten auch zusätzliche Aktivitäten an. Sie entsprechen grob den bereits erwähnten Laden- und Hinterhofmoscheen. Da sie in ihrem Einzugsbereich begrenzt sind, bilden sich oft ethnische Gebetsräume, die nur von Gläubigen einer ethnischen Gruppe aufgesucht werden.¹³

3. Der Islam

Der Islam ist mit weltweit 1,6 Milliarden Gläubigen die zweitgrößte Religion. In dieser Religion gibt es keine Amtskirche oder ähnliche Organisationsformen, die mit den christlichen Kirchen in Österreich und Deutschland vergleichbar sind. Um als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt zu werden, organisieren sich Gläubige in beiden Ländern daher in Vereinen – eine Art der religiösen Organisation, die in islamischen Ländern unüblich ist.¹⁴

3.1 *Der Islam in Deutschland*

Zur Frage, wann die Geschichte des Islams in Deutschland beginnt, gibt es viele verschiedene Antworten. Muhammad S. Abdullah beginnt seine Geschichte des Islams im Jahr 1731, als dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. zwanzig muslimische Gardesoldaten geschenkt wurden. Im Zuge dessen wurden auch die erste muslimische Gemeinde und ein erster Gebetssaal auf deutschem Boden eingerichtet. Der erste Hinweis auf den Islam in Deutschland ist jedoch noch älter. Es handelt sich um einen muslimischen Grabstein aus dem Jahr 1689. Die erste bekannte repräsentative Moschee Deutschlands wurde 1785 in Schwetzingen eröffnet. Sie wurde jedoch nicht als Gebetsstätte genutzt, sondern war ein reiner Profanbau im Zentrum eines türkischen Gartens. Ursula Spuler-Stegemann setzt den Beginn der Geschichte des Islams in Deutschland

13 Stefano Allievi, *Conflicts over mosques in Europe. Policy issues and trends*, London 2009, S. 17–18; Hohage, *Moschee-Konflikte*, S. 33.

14 Kraft, *Islamische Sakralarchitektur in Deutschland*, S. 53; Ursula Spuler-Stegemann, *Muslime in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander*, Freiburg-Basel-Wien 1998, S. 101.

in den 1960er-Jahren, als sogenannte „Gastarbeiter_innen“¹⁵ aus der Türkei, Marokko und Tunesien ihren Glauben mit in die Bundesrepublik Deutschland brachten.¹⁶

In dieser ersten Phase der Gastarbeiter_innenanwerbung machte sich allerdings niemand Gedanken darüber, inwiefern eine Ausübung oder gar Integration des Islams in Deutschland möglich sein würde. Die Abkommen sahen nämlich vor, dass die muslimischen Arbeitskräfte nach einigen Jahren wieder in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren sollten. Dadurch gab es in dieser ersten Phase der Gastarbeiter_innenmigration kaum Bestrebungen, muslimische Gebetshäuser in Deutschland zu errichten. Um dennoch gemeinsam beten zu können, wurden in manchen Arbeiter_innenwohnheimen von den Bewohner_innen Gebetsräume eingerichtet. An anderen Orten stellten Menschen muslimischen Glaubens Anfragen an christliche Gemeinden, um deren Räumlichkeiten für Freitagsgebete nutzen zu können. So wurde beispielsweise am 3. Februar 1965 eine Freitagspredigt im Kölner Dom gehalten.

Im Laufe der 1970er zeichnete sich ab, dass viele der angeworbenen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik bleiben würden. Dies wurde durch die Möglichkeit der Familienzusammenführung begünstigt. Die Eingewanderten begannen, sich in ihrer neuen Heimat zu organisieren. Um sich mit Landsleuten zu treffen, wurden Räumlichkeiten angemietet. Diese dienten oftmals auch als Gebetsort. So kam es in dieser Zeit zur Gründung vieler sogenannter Laden- und Hinterhofmoscheen. Bereits seit den 1980ern ist allerdings eine Tendenz weg von diesen Räumlichkeiten hin zu repräsentativen Gebetshäusern bemerkbar.¹⁷

Bis heute ist der Islam in Deutschland keine anerkannte Religion. Ein Grund dafür ist die unklare Definition des deutschen Grundgesetzes, wann eine Organisation als Religionsgemeinschaft zu betrachten ist.¹⁸ Zur Anzahl der in Deutschland lebenden Personen muslimischen Glaubens, die für eine Anerkennung relevant sein könnte, gibt es keine genauen Angaben. Das liegt unter anderem daran, dass es im Islam selbst keine genaue Definition gibt, wer als muslimisch gilt und wer nicht. Grundsätzlich geht die islamische Theologie davon aus, dass „der Islam die ‚natürliche Bestimmung‘ [...] des Menschen ist“¹⁹. Es gibt jedoch kein Aufnahme­ritual wie etwa die christliche Taufe. Dazu kommt, dass Personen muslimischen Glaubens nicht dazu verpflichtet sind, Mitglied in einem der Verbände oder Vereine zu sein, um eine Moschee besuchen zu können.²⁰ Viele vergangene Untersuchungen zogen aus der Staatsangehörigkeit Rückschlüsse auf die Religionszugehörigkeit. Diese Vorgehensweise liefert jedoch keine aussagekräftigen Ergebnisse. Das zeigt beispielsweise die Tatsache, dass nur 81,4%

15 Bei dem Begriff „Gastarbeiter_innen“ handelt es sich um einen zeitgenössischen Terminus, der heute aus vielen Gründen nicht mehr gebräuchlich ist. Es handelt sich also um einen Euphemismus, der in Anführungszeichen zu verstehen ist.

16 Muhammad Salim Abdullah, Was will der Islam in Deutschland? (Gütersloher Taschenbücher), Gütersloh 1993, S. 9; Spuler-Stegemann, Muslime in Deutschland, S. 33; Kraft, Islamische Sakralarchitektur in Deutschland, S. 50 und 55.

17 Spuler-Stegemann, Muslime in Deutschland, S. 36–38; Ceylan, Islam und Urbanität, S. 186–188.

18 Riem Spielhaus/Martin Herzog, Die rechtliche Anerkennung des Islams in Deutschland (Forum Berlin), Berlin 2015, S. 11.

19 Mathias Rohe, Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, München 2016, S. 75–76.

20 Dirk Halm, Der Islam als Diskursfeld. Bilder des Islams in Deutschland, Wiesbaden 2008, S. 33.

der in Deutschland lebenden Türk_innen sich selbst als muslimisch bezeichnen. Eine Studie des deutschen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ergab, dass am 31. Dezember 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland lebten. Diese Zahlen entsprechen 5,4 beziehungsweise 5,7% der Gesamtbevölkerung.²¹

3.1.1 Deutsche Verbände und Vereine

Die Herausbildung von Vereinen, die deutschlandweit agieren, stellte eine zweite Phase der Selbstorganisation der Muslim_innen dar, die in den 1970ern begann.²² Es kam zu zahlreichen Gründungen lokaler Moscheevereine. Im Laufe desselben Jahrzehnts verdeutlichte sich, dass die angeworbenen Arbeitskräfte in Deutschland bleiben würden. Im Zuge dessen bildeten sich Dachverbände „als Voraussetzung für überregionale Aktivitäten und zur Bündelung von Ressourcen“²³. Verlässliche Angaben zu Mitgliederzahlen der einzelnen Vereine gibt es nicht. Das liegt vor allem daran, dass die formale Mitgliedschaft in den Vereinen nicht wichtig ist. Es reicht oft aus, wenn eine Person aus der Familie registriert ist. Mittlerweile gibt es zahlreiche lokale und nationale Vereine, Verbände, Dachverbände, etc. Außerdem befinden sich die einzelnen Organisationen im ständigen Wandel, sodass Überblicke und Darstellungen schnell nicht mehr aktuell sind.²⁴ Dennoch ist es wichtig, die Akteur_innen, die hinter Moscheebauprojekten stehen, näher zu definieren. Im Folgenden sollen daher die größten muslimischen Vereine Deutschlands behandelt werden.

Zuvor ist allerdings noch zu erwähnen, dass nur ein Bruchteil der in Deutschland lebenden Muslim_innen Mitglieder in Moscheevereinen sind. Trotz der Vielzahl von muslimischen Vereinen gehen Michael Kreutz und Aladdin Sarhan davon aus, dass nur 20% der in Deutschland lebenden Muslim_innen in Moscheevereinen organisiert sind. Demzufolge repräsentiert keine muslimische Organisation die Mehrheit der in Deutschland lebenden Personen muslimischen Glaubens.²⁵

Die erste muslimische Organisation, die hier angeführt werden soll, ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB). Sie ist der größte muslimische Dachverband in Deutschland.²⁶ Laut eigenen Angaben unterstehen ihr aktuell deutschlandweit 960 Vereine, was bedeutet, dass sie 70% der in Deutschland lebenden muslimischen Gläubigen vertritt. Die DITIB wurde 1984 in Köln gegründet und hat die Aufgabe, die „religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten der in ihr organisierten Vereine als

21 Rohe, *Islam in Deutschland*, S. 75–76; Anja Stichs, *Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31.12.2015*, 14.12.2016, S. 5, [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp71-zahl-muslime-deutschland.pdf?sessionid=45AA5B9B02BC5D3836DA665921F0FB1E.1_cid368?__blob=publicationFile], eingesehen 25.6.2017.

22 Die erste Phase beinhaltete die Einrichtung von Gebetsräumen in den Arbeiterheimen oder angemieteten Räumen.

23 Rohe, *Islam in Deutschland*, S. 128.

24 Ebd., S. 128–130 und S. 151.

25 Michael Kreutz/Aladdin Sarhan, *Between religious freedom and social acceptance. The construction of mosques in re-unified Germany*, in: Stefano Allievi (Hrsg.), *Mosques in Europe. Why a solution has become a problem*, London 2010, S. 89–109, hier S. 91.

26 Sowohl nach Moscheegemeinden als auch nach Mitgliedern.

bundesweiter Dachverband“ zu koordinieren. Dafür richtete sie seit den 2010ern Landesverbände und regionale Untergliederungen ein. In den ersten Jahrzehnten stellte der Verein die Vertretung der türkischen Religionsbehörde in Deutschland dar. Bis heute arbeitet DITIB eng mit dem Präsidium für Religionsangelegenheiten in Ankara zusammen, betont aber, dass kein Abhängigkeitsverhältnis besteht.²⁷

Eine weitere wichtige Organisation ist der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD). Er wurde 1986 als Dachverband, der mehrere Organisationen unter sich vereint, gegründet. Der IRD gibt an, „25 Mitgliedsgemeinschaften mit über 400 Moscheegemeinden“²⁸ zu vertreten. Welche Gemeinschaften das sind, wird nicht angegeben. Die Mitgliedsorganisation mit den meisten Mitgliedern ist die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş. Diese vertrat in den 1990ern die Ideologie der „gerechten Weltordnung“, die nicht mit den deutschen Verfassungsprinzipien konform war. Daher stand Milli Görüş für einige Zeit unter der Beobachtung der deutschen Verfassungsschutzbehörde. In den letzten Jahren vollzog sich aber ein Wandel in der Gemeinschaft und damit eine Annäherung an die DITIB.²⁹

Der letzte muslimische Verein, auf den hier eingegangen wird, ist der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD). Seine Vorgängerorganisation wurde 1987 gegründet. Im Gegensatz zur DITIB und zum IRD vertritt der ZMD keine bestimmte Ethnie. Nach eigenen Angaben umfasst der Zentralrat heute neben Zivilorganisationen rund 300 „Moscheegemeinden“ und ist somit der kleinste Dachverband Deutschlands. Einige Mitgliedsorganisationen des ZMDs, wie etwa die Islamische Gemeinschaft in Deutschland, werden seit Jahren im deutschen Verfassungsschutzbericht angeführt. Durch die Zuwanderung zahlreicher Flüchtlinge in den letzten Jahren dürfte der Zentralrat seine Stellung innerhalb der muslimischen Organisationen gestärkt haben.³⁰

3.2 *Der Islam in Österreich*

Erste Kontakte zum Islam sammelten österreichische Herzog_innen schon während der Kreuzzüge. Prägend für das kollektive Gedächtnis Österreichs waren jedoch die Türkenkriege sowie die Belagerung Wiens im Jahr 1683. Über den Umgang mit muslimischen Untertan_innen mussten sich die Habsburger Herrscher_innen allerdings lange Zeit keine Gedanken machen, da diese meist ins Osmanische Reich abwanderten.³¹ 1912 wurde der Islam in Österreich³² durch das sogenannte Islamgesetz als Religion staatlich anerkannt. Dadurch wurde der Islam dem Christentum und dem Judentum gleichgestellt. Die Habsburgermonarchie war somit der erste nicht-muslimische Staat Europas, der den Islam als Religion anerkannte. Nötig geworden war die Anerkennung

27 Gründung und Struktur, o.D., [<http://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=8&lang=de>], eingesehen 29.7.2017; Rohe, Islam in Deutschland, S. 131–132; Spuler-Stegemann, Muslime in Deutschland, S. 112; Kraft, Islamische Sakralarchitektur in Deutschland, S. 53.

28 O. A., Selbstdarstellung, o.D., [<http://islamrat.de/selbstdarstellung/>], eingesehen 4.8.2017.

29 Rohe, Islam in Deutschland, S. 137–138.

30 Ebd., S. 139–140; O. A., Selbstdarstellung, o.D. [<http://zentralrat.de/2594.php>], eingesehen 4.8.2017.

31 Susanne Heine/Rüdiger Lohlker/Richard Potz, Muslime in Österreich. Geschichte, Lebenswelt, Religion, Innsbruck-Wien 2012, S. 39 und S. 44.

32 Genau genommen in der cisleithanischen Reichshälfte Österreich-Ungarns.

durch die Annexion der Provinzen Bosnien und Herzegowina, in denen ein Großteil der Bevölkerung muslimischen Glaubens war. Nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie fand das Islamgesetz keine Anwendung mehr. Es ist anzunehmen, dass bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs kaum Menschen muslimischen Glaubens auf dem Gebiet des heutigen Österreich lebten.³³ Durch diverse Anwerbeabkommen kamen ab den 1960ern unter anderem auch zahlreiche muslimische Arbeitskräfte nach Österreich. Die weitere Entwicklung ähnelt der in Deutschland. Auch in Österreich machte sich vorerst niemand Gedanken über die Möglichkeiten der Religionsausübung. Der vermehrte Zustrom von muslimischen Mitbürger_innen führte jedoch in den 1970ern zu Bemühungen, die Anerkennung des Islam institutionell zu verankern. 1979 trat das Islamgesetz von 1912 erneut in Kraft. Infolgedessen wurde die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) als Körperschaft des öffentlichen Rechts konstituiert. Sie ist bis heute offizielle Ansprechpartnerin der österreichischen Regierung. Im selben Jahr wurde – nach einer Bauzeit von fast zwölf Jahren – die erste repräsentative Moschee Österreichs in Wien eröffnet.³⁴

Im März 2015 kam ein neues Islamgesetz zur Geltung, das unter anderem wegen dem Verbot der Auslandsfinanzierung von muslimischen Vereinen viel Aufmerksamkeit erregte.³⁵

Ähnlich wie in Deutschland ist auch in Österreich statistisch nicht erfasst, wie viele hier lebende Menschen sich zum Islam bekennen. Die Gründe dafür gleichen denen des Nachbarlandes: keine genaue Definition, wer als muslimisch gilt und keine Pflicht, sich in Verbänden zu organisieren oder zu registrieren. Daher gibt es kaum verlässliche Angaben zur Zahl der Muslim_innen in Österreich. Das Institut für Islamische Studien der Universität Wien ermittelte durch eine Hochrechnung für den Stichtag 1.1.2012 573.876 in Österreich lebende Menschen muslimischen Glaubens. Das entspricht 6,8 % der Gesamtbevölkerung.³⁶

3.2.1 Österreichische Verbände und Vereine

Das muslimische Vereinswesen entwickelte sich in Österreich etwa zur selben Zeit und unter ähnlichen Voraussetzungen wie im Nachbarstaat Deutschland. Ähnlich wie in Deutschland gibt es auch hier zahlreiche muslimische Organisationen und viele Personen muslimischen Glaubens, die nicht in ihnen vertreten sind.³⁷

33 Anas Schakfeh, Die rechtliche Situation der Muslime in Österreich, in: Thorsten Gerald Schneiders/Lamya Kaddor (Hrsg.), *Muslimen im Rechtsstaat* (Veröffentlichungen des Centrums für Religiöse Studien Münster), Münster 2005, S. 79–88, hier S. 79–82.

34 Heine/Lohlker/Porz, *Muslimen in Österreich*, S. 55; Schakfeh, *Die rechtliche Situation der Muslime in Österreich*, S. 82; IGGiÖ, *Entstehung*, o. D., [<http://www.derislam.at/?c=content&cssid=Entstehung&navid=110&par=10>], eingesehen 7.8.2017; IGGiÖ, *Moschee und muslimische Bauten*, S. 36; Ihsan D. Limon, *Zeitgenössische Moscheen in Europa. Kultstätten der Muslime in Deutschland und in Österreich*, Bd. 2.1, Offenbach a. M. 2012, S. 123.

35 BGBl 39/2015, Bundesgesetz über die äußeren Rechtsverhältnisse islamischer Religionsgemeinschaften, [https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2015_1_39/BGBLA_2015_1_39.pdf], eingesehen 7.8.2017.

36 Ednan Aslan/Erol Yildiz, *Muslimische Alltagspraxis in Österreich. Ein Kompass zur religiösen Diversität*. Wien 2013, S. 20, [https://iis.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_iis/muslimische_alltagspraxis_in_oesterreich.projektbericht.pdf], eingesehen 25.6.2017.

37 Heine/Lohlker/Porz, *Muslimen in Österreich*, S. 65.

Die Struktur des muslimischen Vereinswesens unterscheidet sich jedoch in einem Punkt deutlich von dem der Bundesrepublik. In Österreich gibt es ein Organ, das über den muslimischen Vereinen steht. Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) ist Bestandteil des österreichischen Rechtssystems und verwaltet die religiösen Angelegenheiten aller Menschen muslimischen Glaubens in der Republik. Sie wurde 1979 gegründet. Im Zuge einiger Reformen zur Demokratisierung und Repräsentativität der IGGiÖ 1999 wurden zwei Gremien eingerichtet: Zum einen ein Beirat, der aus Obmännern der muslimischen Vereine besteht, zum anderen ein Schiedsgericht, das als Verfassungskontrollorgan agiert und auch in Streitigkeiten zwischen den Vereinen eingreift.³⁸ Diese Form der Organisation – eine Institution, die alle Vereine eines Landes vertritt – ist europaweit einzigartig. Der Anspruch der IGGiÖ, alle Muslim_innen in Österreich zu vertreten, wurde bereits in den 1980ern kritisiert. Besonders die Türkisch-Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich (ATIB) stellte die Kompetenzen der IGGiÖ in Frage. Aber auch andere Gruppen kritisierten den Alleinvertretungsanspruch der IGGiÖ. Es gab sogar Forderungen, die IGGiÖ aufzulösen. Sie blieben allerdings erfolglos. 2009 stellten sich „etwa 50 muslimische Dachverbände, Vereine und Moscheegemeinden hinter den Repräsentationsanspruch der IGGiÖ“. Laut Farid Hafez stellte sich der Protest gegen die IGGiÖ nach der Anerkennung der Islamisch Alevitischen Glaubensgemeinschaft 2010 ein.³⁹

Die Türkisch-Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich (ATIB) ist der größte muslimische Verband Österreichs und die Auslandsvertretung der türkischen Präsidialstelle für religiöse Angelegenheiten. Sie wurde 1990 gegründet. Die Hauptaufgabe des Dachverbandes ist es, einzelne Moscheevereine zu vernetzen. Nach eigenen Angaben vereinigt ATIB derzeit 65 Moscheegemeinden. Die Union betont, eine unpolitische Organisation zu sein, die sich mit „kulturellen, religiösen und sozialen Belangen“ türkischer Muslim_innen befasst. Das beinhaltet auch die „Pflege der ‚türkischen Identität‘“. Wie auch das deutsche Pendant, DITIB, stellt ATIB klar, dass kein Abhängigkeitsverhältnis zur türkischen Regierung besteht.⁴⁰

4. Moscheekonflikte

„In Europa haben es Moscheen ausgesprochen schwer, von der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung auch nur ansatzweise als Teil ihrer städtischen Umwelt akzeptiert, geschweige denn als kulturelle Innovation betrachtet zu werden.“⁴¹

38 Schakfeh, Die rechtliche Situation der Muslime in Österreich, S. 84; Heine/Lohlker/Potz, Muslime in Österreich, S. 57.

39 Farid Hafez, Muslimische Aggiornamenti und Denominationalismus in Österreich. Eine Analyse des Fallbeispiels „Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich“, in: Jürgen Nautz/Kristina Stöckl/Roman Siebenrock (Hrsg.), Öffentliche Religionen in Österreich. Politikverständnis und zivilgesellschaftliches Engagement (Edition Weltordnung – Religion – Gewalt), Innsbruck 2013, S. 211–223, hier S. 214–215; Heine/Lohlker/Potz, Muslime in Österreich, S. 60–61.

40 Heine/Lohlker/Potz, Muslime in Österreich, S. 68–69; ATIB, Vereine, o. D., [<http://www.atib.at/vereine/>], eingesehen 8.8.2017.

41 Burkhard R. Lauterbach/Stephanie Lottemoser, Fremdkörper Moschee? Zum Umgang mit islamischen Kulturimporten in westeuropäischen Großstädten, Würzburg 2009, S. 9.

Demzufolge kommt es häufig zu sogenannten „Moscheekonflikten“. Dieser Terminus bezeichnet Auseinandersetzungen, die im Zusammenhang mit Errichtungen von oder Umbauarbeiten an muslimischen Gebetshäusern entbrennen. Moscheebauprojekte gehören zu den meist diskutierten Themen muslimischer Präsenz in Europa. Besonders in den letzten beiden Jahrzehnten kam es immer häufiger zu Protesten im Zusammenhang mit muslimischen Sakralbauten. Diese Häufung lässt sich durch eine Entwicklung innerhalb der muslimischen Verbände erklären. Viele von ihnen streben nach Sichtbarkeit durch repräsentative Gebäude. Sie versuchen, aus den Hinterhöfen zu kommen. Der Bau von repräsentativen Moscheen führt wiederum häufiger zum Widerstand der ortsansässigen Bevölkerung als der von „unsichtbaren“ Gebetsräumen.⁴²

Da die rechtliche Lage kaum Spielraum für Gegner_innen von Moscheen lässt, haben die meisten Konflikte politischen, funktionalen und/oder emotionalen Charakter. Möchte ein Verein eine Moschee errichten oder ein bestehendes Gebetshaus ausbauen, ist das in erster Linie eine baurechtliche Frage. Da jede anerkannte Religion – sowohl in Deutschland als auch in Österreich – das Recht auf freie Religionsausübung hat, steht ihr auch das Recht zu, entsprechende Gebetshäuser zu errichten. Für die Erlassung des Baubescheides ist also nicht relevant, dass es sich bei dem geplanten Bau um eine Moschee handelt. Eine moralische und kulturelle Bewertung des geplanten Objekts durch die Baubehörden darf nicht stattfinden.⁴³

Von den behördlichen Einschränkungen abgesehen ist vor allem der Widerstand der ortsansässigen Bevölkerung ein Problem für die Bauherr_innen einer Moschee. Diese Proteste verlaufen meist nach ähnlichen Mustern. Jana Kübel teilt den Verlauf in drei Phasen. Zuerst wird mit infrastrukturellen und baurechtlichen Argumenten gegen das Bauprojekt angegangen. Darauf folgen xenophobe Anschuldigungen, wie etwa fehlender Integrationswille und die Förderung von Parallelgesellschaften durch die Errichtung von muslimischen Gebetshäusern. Die dritte Konfliktebene ist von islamfeindlichen Aussagen geprägt. Nicht mehr die Moschee, sondern der Islam, Terrorismus und eine drohende Islamisierung der Heimat stehen im Mittelpunkt der Argumentation. Typisch für den Verlauf von Moscheekonflikten ist auch, dass die soeben beschriebenen Phasen zwar nacheinander in Erscheinung treten, die verschiedenen Argumente der jeweiligen Phase anschließend jedoch gleichzeitig zur Rechtfertigung der Ablehnung des Gebetshauses genutzt werden. Nicht selten werden die verschiedenen Ebenen des Konflikts miteinander verwoben. In einem weiteren Schritt werden die Argumente der einen Phase zur Legitimierung der anderen Phasen verwendet. „Die bestehende schlechte Verkehrssituation beispielsweise wird so [...] zur Beweisführung hinsichtlich der Richtigkeit *aller* Argumente.“⁴⁴ Auf dieser Tatsache beruht auch die Theorie, dass

42 Potz, Moscheebau in Europa, S. 44.

43 Potz, Moscheebau in Europa, S.44; Europäisches Parlament (Fachreferat Struktur- und Kohärenzpolitik), Islam in der Europäischen Union. Was steht für die Zukunft auf dem Spiel?, Brüssel 2007, S. 42, [[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2007/369031/IPOL-CULT_ET\(2007\)369031_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2007/369031/IPOL-CULT_ET(2007)369031_DE.pdf)], eingesehen 31.8.2017.

44 Jana Kübel, „moschee.ade oder moschee.at?“. Eine Konfliktanalyse auf der Suche nach Islamophobie in Österreich, in: John Bunzl/Farid Hafez (Hrsg.), Islamophobie in Österreich, Innsbruck-Wien-Bozen 2009, S. 127–143, hier S. 129–130.

die infrastrukturellen Bedenken der ersten Phase häufig nur als sogenannte Scheinargumente dienen. Sie werden von Gegner_innen der Moschee viel mehr zur Legitimierung der islamfeindlichen und xenophoben Argumentation genutzt. Die österreichische Zeitung *Die Presse* hat die dahinterstehende Logik treffend zusammengefasst: „Gegen ein Bauwerk [kann] man eben leichter auftreten als gegen Menschen“.⁴⁵

Die Grundlage für Moscheekonflikte bildet häufig Unwissenheit und Angst vor dem Islam. Warum äußern sich diese Sorgen aber oft erst angesichts eines Moscheebauprojektes? Der Publizist Henryk M. Broder meinte dazu, dass die Menschen erst in dem Moment, in dem der Islam versucht, sich in Gebäuden zu manifestieren, merken, dass er in Europa angekommen ist.⁴⁶

Sowohl Grundvoraussetzungen als auch Zielsetzungen sind bei jedem Moscheebauprojekt anders. Dies kann zu unterschiedlichen Intensitäten, Argumentationen und Verläufen des Konflikts führen. Bei der Auswahl der Moscheekonflikte, die in dieser Arbeit behandelt werden, wurde besondere Aufmerksamkeit auf die Vergleichbarkeit der einzelnen Fälle gelegt. Richtwerte dafür waren vor allem die Art des geplanten Gebetshauses und der Ort/die Gemeinde, in der die Moschee errichtet werden sollte. Daher wurden für beide Länder je eine Kontroverse im ländlichen und eine Kontroverse im städtischen Gebiet gewählt. Da der Widerstand der Bevölkerung beim Bau von repräsentativen Moscheen besonders stark ausgeprägt ist, werden im Folgenden ausschließlich Konflikte um muslimische Sakralbauten dieser Art analysiert. Des Weiteren sollten auch die Voraussetzungen ähnlich sein. Bei allen vier hier behandelten Bauprojekten handelte es sich daher um Neubauten.⁴⁷

4.1 Köln

Der Streit um die in Köln geplante Zentralmoschee⁴⁸ ist wohl einer der bekanntesten und langwierigsten Fälle eines Moscheebaus in Europa. Er war – und ist noch immer – in den regionalen und nationalen Medien präsent. Allein die Tageszeitung *Kölner Stadt-Anzeiger* berichtete von Februar 2002 bis August 2017 über 260 Mal über das Bauvorhaben und damit verbundene Themen.

Bereits 1992 wurde im Kölner Stadtrat erstmals über eine Zentralmoschee gesprochen. Zur Umsetzung wurde der Trägerverein Zentralmoschee, eine Vereinigung aus 15 muslimischen Vereinen, gegründet. Die DITIB, der größte deutsche Dachverband, war jedoch nicht Mitglied des Trägervereins, da er nicht mit Milli Görüş zusammenarbeiten wollte. Der Trägerverein wiederum wollte sich nicht von Milli Görüş distanzieren. Die Stadtverwaltung bestand vorerst darauf, dem Projekt erst zuzustimmen, wenn die bei-

45 Bunzl/Hafez, Islamophobie in Österreich, S. 131; Erich Kocina, Der Architekt der versteckten Türme, in: *DP*, 5.12.2009, [<http://diepresse.com/home/panorama/religion/526567/Der-Architekt-der-versteckten-Tuerme?from=suche-intern.portal>], eingesehen 1.9.2017.

46 Heine/Lohlker/Potz, Muslime in Österreich, S. 128; Thomas Mayer, Henryk M. Broder für Zentralmoschee, in: *KStA*, 21.6.2007, [<http://www.ksta.de/henryk-m--broder-fuer-zentralmoschee-13414202>], eingesehen 14.8.2017.

47 In Köln war zuvor ein Gebetshaus auf dem Grundstück angesiedelt gewesen. Dieses wurde aber abgerissen.

48 Eine Zentralmoschee ist eine repräsentative Moschee mit weitem Einzugsgebiet, die von mehreren Moscheevereinen gemeinsam geführt wird.

den Organisationen sich geeinigt hätten. Expert_innen hielten das jedoch von Beginn an für unwahrscheinlich. Den ersten Plan für die Zentralmoschee brachte 2002 der Trägerverein Zentralmoschee ein.⁴⁹

2005 entschied jedoch die DITIB den Wettkampf um den Bau des Gebetshauses für sich. Die bisherige Zentrale des Dachverbands sollte abgerissen und durch einen repräsentativen Bau ersetzt werden. Das Projekt Zentralmoschee wurde also von der DITIB als alleinigem Bauträger übernommen. Der Gewinnerentwurf des Architekturwettbewerbs, der vom Bauherrn ausgerufen worden war, zeigte eine Moschee mit offenem Untergeschoß, großer Kuppel und zwei 55 Meter hohen Minaretten. Kurz nach der Entscheidung für diesen Entwurf fand die erste von vielen Informationsveranstaltungen für Anwohner_innen und Interessierte statt.⁵⁰

Der Widerstand gegen die Zentralmoschee zeichnete sich schon früh ab. Die Debatte um das in Köln Ehrenfeld geplante Gebetshaus entwickelte sich schnell zum Kulturkampf. Die rechtspopulistische Bürgerbewegung Pro Köln, die einige Zeit unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes stand, war maßgeblich am Widerstand gegen das Bauprojekt beteiligt. 2004 zog sie mit dem Wahlspruch „Keine Großmoschee“ in den Kölner Stadtrat ein. Durch Schlagworte wie „die Islamisierung des Stadtbezirks verhindern“ wurde gezielt ein Wir-/Sie-Denken konstruiert. Personen muslimischen Glaubens wurden kollektiv als „die Anderen“ betrachtet.⁵¹ Gegner_innen des Neubaus begannen bald nach der Veröffentlichung der Baupläne damit, Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen den Bau der Moschee zu sammeln. Aus rechtlicher Sicht hatte das Begehren jedoch kaum Aussicht auf Erfolg, da „Bebauungspläne [...] ausdrücklich als Themen von Bürgerentscheiden ausgeschlossen“ waren.⁵² Das Bürgerbegehren erhielt dennoch mehr als 20.000 Unterschriften. Eine Überprüfung ergab jedoch, dass mehr als 7.000 Unterschriften ungültig waren. Somit konnte die benötigte Anzahl von Unterschriften nicht erreicht werden.⁵³

Das Jahr 2007 stellte den Höhepunkt des Konflikts dar. Im Mai lud der *KStA* Bekir Alboğa, den Dialogbeauftragten der DITIB, und Ralph Giordano, einen bekannten Kölner

49 Andreas Damm, Grüne für Moschee in Ehrenfeld, in: *KStA*, 1.11.2003, [<http://www.ksta.de/gruene-fuer-moschee-in-ehrenfeld-14368520>], eingesehen 11.8.2017; auch Helmut Frangenberg, Nicht-Muslime bestimmen über Entwurf für Moschee, in: *KStA*, 21.9.2005, [<http://www.ksta.de/auch-nicht-muslime-bestimmen-ueber-entwurf-fuer-moschee-13579600>], eingesehen 9.8.2017; Claus Leggewie, Warum es Moscheebaukonflikte gibt und wie man sie bearbeiten kann, in: Bärbel Beinhauer-Köhler/Claus Leggewie (Hrsg.), *Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung*, München 2009, S. 117–218, hier S. 148.

50 Christian Hümmeler, Haus für Gebet und Begegnung in Köln, in: *KStA*, 7.3.2006, [<http://www.ksta.de/haus-fuer-gebet-und-begegnung-in-koeln-13391006>], eingesehen 11.8.2017; Heribert Rösgen, Ehrenfelder äußern ihre Bedenken, in: *KStA*, 4.5.2006, [<http://www.ksta.de/ehrenfelder-aeussern-ihre-bedenken-13752330>], eingesehen 11.8.2017.

51 Leggewie, Warum es Moscheebaukonflikte gibt, S. 149; Kemal Bozay, Kulturkampf von rechts. Das Dilemma der Kölner Moschedebatte, in: Alexander Häusler (Hrsg.), *Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*, Wiesbaden 2008, S. 198–212, hier S. 198 und S. 201; María do Mar Castro Varelo, Nikita Dhawan, *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, Bielefeld 2005, S. 16.

52 Helmut Frangenberg, Im Bündnis mit Rechtsextremen, in: *KStA*, 28.6.2006, [<http://www.ksta.de/im-buendnis-mit-rechtsextremen-13535742>], eingesehen 12.8.2017.

53 Andreas Damm, Mehr als 7000 Unterschriften ungültig, in: *KStA*, 7.5.2007, [<http://www.ksta.de/mehr-als-7000-unterschriften-ungueltig-13782014>], eingesehen 12.8.2017.

Publizisten und Gegner des Moscheebaus, zu einer Diskussion. Dieses Gespräch führte zu einer erneuten Intensivierung des Konflikts. Giordano hielt zu Beginn fest, abgesehen von der Ablehnung der Zentralmoschee, nichts mit Pro Köln gemein zu haben. Er ging sogar so weit, Pro Köln als die „lokale Variante des zeitgenössischen Nationalsozialismus“ zu bezeichnen. Den Bau der Moschee lehne er dennoch ab. „Stoppt den Bau dieser Moschee. Es ist ein falsches Signal. Wahr ist, dass die Integration der muslimischen Minderheit in Deutschland gescheitert ist.“⁵⁴

Alboga verwies daraufhin auf die Integrationsarbeit von DITIB, die beispielsweise Deutsch- und Integrationskurse umfasste. Die geplante Moschee sei ein weiteres Zeichen für gelingende Integration. Aufsehen erregte das Gespräch aber vor allem, weil Giordano muslimische Frauen, die ihren gesamten Körper verhüllen, als „menschliche Pinguine“⁵⁵ bezeichnete. Obwohl er sich im Verlauf des Gesprächs von Pro Köln distanzierte, wurde Giordanos Argumentation von Pro Köln zum Vorbild genommen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Konflikt bereits zugespitzt; die Fronten waren verhärtet. Gegner_innen des Bauprojektes wurden beinahe automatisch Pro Köln zugeordnet und als rechtsradikal bezeichnet.⁵⁶

Doch auch aus der Politik kam es zu Kritik an der DITIB und dem Bauvorhaben. Oberbürgermeister Fritz Schramma forderte mehr Dialogbereitschaft. Er wollte vor allem über die Dimensionen der Moschee verhandeln und sicherstellen, dass die DITIB die Sorgen und Ängste der Anwohner_innen ernst nahm. Laut einer Umfrage des *KStA* lehnten nämlich 58% der Kölner Bevölkerung das Gebetshaus in der geplanten Größe ab. Die DITIB wies jedoch darauf hin, dass die großen Räumlichkeiten benötigt würden und man daher nicht von den Plänen abweichen wolle.⁵⁷ Um den Dialog zwischen der Bevölkerung und DITIB anzuregen und die Anliegen und Sorgen der Bewohner_innen zu vertreten, wurde im August 2007 von der DITIB ein Beirat einberufen. In monatlichen Treffen informierte der Verein den Beirat über die aktuellen Geschehnisse rund um den Moscheebau. Der Beirat wiederum brachte „Fragen, Anregungen und Bedenken aus der Bevölkerung“ an. Dieses Vorgehen trug zur vorübergehenden Entspannung des Konflikts bei.⁵⁸

Bekannt ist die Kölner Moschee auch, da die Bauarbeiten deutlich länger dauerten als ursprünglich geplant gewesen war. Anfangs rechnete der Dachverband mit einer Fertigstellung bis Mitte 2009. Da Ende 2007 noch kein Bauantrag eingereicht worden war, schien dieses Ziel bald unrealistisch. Im Januar 2008 reichte DITIB einen neuen Plan ein, der eine deutlich kleinere Moschee zeigte. Am 27. August 2008 gab der Köl-

54 O. A., Rechte Randale in Kölner Innenstadt, in: *KStA*, 17.6.2007, [<http://www.ksta.de/rechte-randale-in-koelnerinnenstadt-13264830>], eingesehen, 14.8.2017; Bozay, Kulturkampf von rechts, S. 206.

55 Leggewie, Warum es Moscheebaukonflikte gibt, S. 151; Franz Sommerfeld, Interview mit Ralph Giordano und Bekir Alboga, in: *KStA*, 16.5.2007, [<http://www.ksta.de/-stoppt-den-bau-dieser-moschee-13354502>], eingesehen 12.8.2017.

56 Ebd., S. 206.

57 O. A., Moschee-Streit schlägt immer höhere Wellen, in: *KStA*, 21.6.2007, [<http://www.ksta.de/moschee-streit-schlaegt-immer-hoehere-wellen-13716374>], eingesehen 14.8.2017.

58 O. A., Beirat zum Kölner Moscheebau berufen, in: *KStA*, 21.8.2007, [<http://www.ksta.de/beirat-zum-koelnermoscheebau-berufen-13153590>], eingesehen 15.8.2017.

ner Stadtrat den Bau der Zentralmoschee frei. Pro Köln reagierte darauf mit zahlreichen Demonstrationen. Von Befürworter_innen wurde das geplante Gebetshaus oft als Zeichen der (beginnenden) Integration bezeichnet. Die Diskussionen und Debatten rund um den Bau behandelten unter anderem deswegen immer öfter das Thema Islam in Deutschland, aber auch globale Entwicklungen und Tendenzen. Der *KStA* folgte diesem Trend. Berichte handelten immer häufiger von Integration und Religionsfreiheit. Damit verschob auch die Kölner Tageszeitung den zunächst sachlichen Konflikt hin zum Thema Integration und Parallelgesellschaft. Özlem Demirel von der Linken war eine der ersten, die die Vermischung des Moscheebauprojekts mit Integrationspolitik kritisierte. „Eine große Moschee trägt nicht zur Integration bei“, argumentierte die Politikerin im Stadtrat.⁵⁹

Am 7. November 2009 wurde die Grundsteinlegung gefeiert. Die DITIB rechnete zu diesem Zeitpunkt mit einer Fertigstellung der Zentralmoschee Ende 2010. In der Folge wurde es ruhig um den Bau und den Konflikt. Allerdings kam es zu weiteren Verzögerungen. Wegen Baumängeln, die ein Gutachter festgestellt hatte, kam es zum Streit mit dem Architekten und zum Baustopp. Das Gutachtenverfahren und der verfügte Baustopp zogen sich über zwei Jahre.⁶⁰ Nach diesem Zwischenfall war die Kölner Moschee kaum noch in den Medien präsent. Der *KStA* berichtete vereinzelt von Streitigkeiten und Baufortschritten. Im Juni 2017 wurde die erste Freitagspredigt in der neuen Moschee in Ehrenfeld gehalten. Eine offizielle Eröffnung hat es noch nicht gegeben (Stand August 2017).⁶¹

Die Berichterstattung des *KStAs* war größtenteils neutral gehalten. Auch wenn Claus Leggewie feststellte, dass in der Redaktion des *KStAs* „einige Islamskeptiker und Moscheegegner“⁶² saßen, war das den Artikeln der Tageszeitung nicht zu entnehmen. Sowohl die DITIB als auch Pro Köln wurden kritisch hinterfragt. Der Moscheebeirat und sein Verhalten hingegen wurden durchwegs positiv bewertet. In jedem Fall gelang es dem *KStA*, die Vielfalt der Akteur_innen und ihre Ansichten darzustellen. Dennoch sind einige Kritikpunkte zu nennen. Durch die massive Berichterstattung im Jahr 2007 ließ der *KStA* den Konflikt schärfer erscheinen als er tatsächlich war. Ein Großteil der Bevölkerung und die Politik hatten dem Bauvorhaben zu diesem Zeitpunkt bereits zugestimmt. Außerdem bemängelt Andreas Lindner, dass Ralph Giordano zu viel Platz gelassen wurde, um seine Abneigung gegen die Zentralmoschee und den Islam kundzutun. Besonders die Moderation des Streitgesprächs zwischen Alboga und Giordano

59 Andreas Lindner, „Wo, wenn nicht in Köln?“- Zur Moscheebau-Berichterstattung des Kölner Stadtanzeigers, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 213–223, hier S. 216; O. A., Entscheidung. Rat bewilligt Moschee, in: *KStA*, 28.8.2008, [<http://www.ksta.de/entscheidung-rat-bewilligt-moscheebau-13773264>], eingesehen 20.8.2017.

60 O. A., Moscheebau. Bauaufsicht verlangt Aufklärung, in: *KStA*, 27.10.2011, [<http://www.ksta.de/moscheebau-bauaufsicht-verlangt-aufklaerung-11719686>], eingesehen 23.8.2017; O. A., Kölner DITIB-Moschee. Prozess um Baumängel beginnt neu, in: *KStA*, 25.6.2014, [<http://www.ksta.de/koeln/ehrenfeld/koelner-ditib-moschee-prozess-um-baumaengel-beginnt-neu-912382>] eingesehen 24.8.2017.

61 O. A., DITIB-Zentralmoschee. Mit fünf Jahren Verspätung endlich in Betrieb, in: *KStA*, 26.7.2017, [<http://www.ksta.de/politik/ditib-zentralmoschee-in-koeln-mit-fuenf-jahren-verspaetung-endlich-in-betrieb-28069526>], eingesehen 24.8.2017.

62 Leggewie, Warum es Moscheebaukonflikte gibt, S. 150.

sei zu kritisieren. Giordano wurde zu viel Freiraum gelassen und Lindner wirft dem Moderator des Gesprächs einseitige Parteinahme vor. Lindner geht weiter davon aus, dass der *KStA* so häufig von dem Konflikt um den Moscheebau berichtete, da es ein polarisierendes Thema war und man durch die Berichterstattung mehr Profit erzielen konnte. Er meint,

„dass es auch dem KSTA in der Auseinandersetzung um die Moschee primär nicht um die Sache selbst ging, sondern die Kritik an der Größenordnung des Baus und der Höhe der Minarette nur vorgeschobene Scheinargumente waren, um eine gesellschaftspolitische Diskussion aus der mehrheitlichen Wir-Perspektive aufzuheizen und daraus Kapital zu schlagen“.⁶³

Weniger neutral gestalteten sich die Artikel über Pro Köln. Von Beginn an war der *KStA* sehr kritisch. Besonders in den Berichten aus dem Jahr 2007 ist eine negative Grundeinstellung gegenüber Pro Köln bemerkbar. Die Artikel enthielten teilweise sogar abwertende Begrifflichkeiten. Personen, die an einer Demonstration gegen die Moschee teilnahmen, wurden beispielsweise als „armseliges Häufchen von Dünnbrettbohrern“ bezeichnet. Die Gegendemonstration hingegen wurde positiv bewertet. Letztendlich ist anzunehmen, dass der *KStA* trotz der großteils neutralen Berichterstattung zu einem vermehrten Wir-/Sie-Denken in der Kölner Bevölkerung beigetragen hat.⁶⁴

Der Verlauf des Konflikts folgt nur teilweise typischen Mustern, wie etwa Jana Kübels Phasenmodell. Immer wieder gab es Phasen, in denen sich die Debatte beruhigte. Das kann aber auch durch die Dauer der Planung und der Bauarbeiten erklärt werden.

4.2 Schlüchtern

Die Ahmadiyya-Gemeinde, die im hessischen Schlüchtern eine Moschee errichten wollte, ist in Deutschland kaum bekannt. Sie ist eine indisch-pakistanische Bewegung, die schon lange etabliert ist. 1998 plante die Gemeinde erstmals, eine Moschee im Ortsteil Niederzell zu errichten. Der Antrag wurde von der Stadt abgewiesen, da eine repräsentative Moschee „sich nicht in das Ortsbild [...] einfüge“⁶⁵. Einer Genehmigung widersprach außerdem die Gefahr von erhöhtem Lärm und Verkehrsaufkommen. Nachdem die Ahmadis Einspruch gegen diese Entscheidung einlegten, ging der Fall im Jahr 2000 an die obere Bauaufsichtsbehörde des Regierungspräsidiums in Darmstadt. Diese lehnte den Widerspruch der Stadt ab. Der Magistrat der Stadt erhob 2001 Einspruch gegen dieses Urteil. Im März desselben Jahres gründete sich die Bürgerinitiative (BI) „Keine Moschee in Niederzell“, die einige Aktionen gegen den Bau der Moschee startete. Spätestens nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York wurde in Schlüchtern nicht mehr nur über die Moschee, sondern über den Islam allge-

63 Lindner, „Wo, wenn nicht in Köln?“, S. 216 und S. 221.

64 Ebd., S. 214; O. A., Reaktionen. Rechte wollen gegen Votum klagen, in: *KStA*, 29.8.2008, [<http://www.ksta.de/reaktionen-rechte-wollen-gegen-votum-klagen-13773302>], eingesehen 20.8.2017; O. A., Leitartikel. Köln gegen Rechts – Der Lächerlichkeit preisgegeben, in: *KStA*, 21.9.2008, [<http://www.ksta.de/leitartikel--koeln-gegen-rechts-der-laecherlichkeit-preisgegeben-13728868>], eingesehen 22.8.2017.

65 René Peter Hohmann, Konflikte um Moscheen in Deutschland. Eine Fallstudie zum Moscheebauprojekt in Schlüchtern (Hessen), Saarbrücken 2012, S. 37.

mein diskutiert. Kurz nach diesem Ereignis wurde die Klage der Stadt abgewiesen und der Plan der Ahmadiyya-Gemeinde zugelassen. Bei einer Informationsveranstaltung der BI Anfang 2002 wurde die Studie einer Sozialwissenschaftlerin präsentiert, die zu dem Schluss kam, dass die Gemeinde „totalitär, antisemitisch und antichristlich“⁶⁶ sei. Im April wurde den Ahmadis ein anderes Grundstück in Schlüchtern vorgeschlagen und der eingereichte Bauantrag bestätigt. Dafür wurde auch der Bebauungsplan geändert. Die BI initiierte daraufhin eine Unterschriftenaktion, die einen Bürgerentscheid zur Revidierung der Änderung des Bebauungsplans zum Ziel hatte. Das Vorgehen der BI scheiterte jedoch. Zwar kam es zum Bürgerentscheid, die Stadtverordnetenversammlung stimmte jedoch gegen die Revidierung. Dennoch entschied der Gemeinderat im Juni 2004, dass auf dem Gelände keine sakralen Gebäude errichtet werden dürften. Somit war das Moscheebauprojekt in Schlüchtern vorerst beendet.⁶⁷

Im Februar 2014 reichte die Ahmadiyya-Gemeinde erneut einen Bauantrag für eine repräsentative Moschee mit zwei 13 Meter hohen Minaretten ein. Bürgermeister Falko Fritsch meinte gegenüber der *Fuldaer Zeitung (FZ)*, ihm fielen keine Argumente gegen diesen Bau ein. Lediglich der Bebauungsplan des Grundstückes, das bereits seit über zehn Jahren im Besitz der Ahmadis war, müsse geändert werden. Bis auf die CDU stimmten auch alle im Stadtrat vertretenen Parteien Fritsch zu. Kurz darauf gründete sich jedoch die Bürgerbewegung „Wir für Schlüchtern“ (BWS). Sie wandte sich in einem offenen Brief an die Stadtverordneten. Darin bemängelte sie einerseits, dass das Gebäude – und vor allem die Minarette – das Ortsbild negativ beeinflussen würde, und andererseits die Geisteshaltung der Ahmadiyya-Gemeinde, die erst ein Jahr zuvor als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt worden war. Landrat Erich Pipa meinte hingegen, es sei keine Alternative, den Bau der Moschee zu verhindern. Er fände es besser, gemeinsam einen Kompromiss zu finden.⁶⁸ Die BWS initiierte im Juni 2014 – wie bereits 2002 – eine Unterschriftenaktion für ein Bürgerbegehren gegen die Moschee. Dieses Mal erzielte die Aktion innerhalb einer Woche die benötigte Anzahl an Unterschriften. Din Qamar, der Vorsteher der Schlüchterner Ahmadiyya-Gemeinde, erklärte kurz darauf in einem Interview, dass die Gemeinde noch keinen Bauantrag einreichen würde. Er hoffte darauf, dass es bald weniger Probleme im Zusammenhang mit dem Bauprojekt geben werde. Im Juli 2014 nahm die Stadt die erst kurz zuvor vorgenommene Bebauungsplanänderung für das Grundstück, auf dem die Moschee gebaut werden sollte, zurück. Grund dafür war nicht eine Meinungsänderung, sondern das Bürgerbegehren der BWS. Die Verantwortlichen fürchteten, dass das Grundstück

66 Hohmann, Konflikte um Moscheen in Deutschland, S. 38.

67 Ebd., S. 37–40; Ralf Egger/Hans-Peter Meister, Transparente Public Affairs. Die politische Mediation, in: Jörg Rieksmeier (Hrsg.), Praxisbuch: Politische Interessenvermittlung. Instrumente – Kampagnen – Lobbying, Wiesbaden 2007, S. 95–105, hier S. 103.

68 Hohmann, Konflikte um Moscheen in Deutschland, S. 44; O. A., Ahmadiyya planen Moscheebau im Schlüchterner Industriegebiet, in: *FZ*, 8.2.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigtal/ahmadiyya-planen-moscheebau-im-schluchterner-industriegebiet-JY1809964>], eingesehen 3.9.2017; O. A., Moscheebau. Offener Brief an Fraktion, in: *FZ*, 11.3.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigtal/moscheebau-offener-brief-an-fraktionen-1516843-BH2090416>], eingesehen 3.9.2017; O. A., Pipa. Moschee als Chance nutzen, in: *FZ*, 24.4.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigtal/pipa-moschee-als-chance-nutzen-1685037-EB2300363>], eingesehen 5.9.2017.

durch das Bürgerbegehren blockiert werden könnte, was einen erheblichen finanziellen Schaden bedeuten würde. Die Rückänderung bedeutete gleichzeitig das Ende der Moscheebaupläne der Ahmadis.⁶⁹ Die Mehrheit der Schlüchtener Parteienlandschaft als auch die *FZ* bedauerten diesen Ausgang. Auch zuvor war die Berichterstattung der *FZ* über den zweiten Bauantrag meist neutral gehalten gewesen. Die Zeitung sympathisierte mit keiner der Konfliktparteien. Allerdings kamen die Ahmadis selbst nur selten zu Wort. Zwar ging die Zeitung auch auf die Seite der muslimischen Gemeinschaft ein, eine Stellungnahme der muslimischen Gemeinde wurde jedoch nur einmal abgedruckt. Viel häufiger berichtete die Tageszeitung über die Ansichten der Moscheegegner_innen oder einzelner Parteien. Besonders das Bürgerbegehren der BWS wurde sehr ausführlich behandelt. Diese Vorgehensweise – die Mitglieder von Minderheiten in den Medien nur selten zu Wort kommen zu lassen – wurde bereits 1991 von Teun A. van Dijk beobachtet und analysiert und ist häufig bei der Berichterstattung über Moscheekonflikte zu beobachten.⁷⁰ Die *FZ* bemühte sich, immer wieder auf die gute Integration der Ahmadiyya-Gemeinde hinzuweisen. Dennoch war die Berichterstattung oftmals von einer Trennung von Wir und Sie geprägt. Diese Kategorisierung fiel jedoch deutlich weniger hart aus als im *KStA*.

4.3 Graz

Vom Stadtrat der Steirischen Landeshauptstadt war ursprünglich eine Zentralmoschee für alle Grazer Muslim_innen geplant gewesen. Da aber sowohl die Grundstückssuche als auch die Finanzierung ein Problem darstellten, beschlossen die Union Islamischer Kulturzentren (UIKZ) und das Islamische Kulturzentrum Graz⁷¹ – damals noch Muslimische Gemeinschaft Steiermark – unabhängig voneinander Moscheebauprojekte zu beginnen. Während die Pläne der UIKZ (bisher noch) nicht umgesetzt wurden, feierte das Islamische Kulturzentrum 2012 die Grundsteinlegung. In mehreren Abschnitten sollte nicht nur eine Moschee, sondern ein Kulturzentrum mit Moschee gebaut werden. Noch vor Ausrufung des Architekturwettbewerbs betonte der Sprecher des Vereins, dass sie ein modernes Gebäude bauen wollten, das sich in das bauliche Umfeld fügen würde. Im September 2011 präsentierte der Verein gemeinsam mit dem Grazer Bürgermeister das Siegerprojekt: Ein moderner Entwurf mit symbolischem Minarett, geplant von einem Grazer Architekturbüro. Für den ersten Bauabschnitt – die Moschee – rechnete man mit einer Bauzeit von sechs bis zwölf Monaten.⁷²

69 O. A., SPD und Grüne weiter für Moscheebau, in: *FZ*, 19.5.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigal/spd-und-gruene-weiter-fur-moscheebau-keine-einheitliche-meinung-in-cdu-XK2408440>], eingesehen 6.9.2017; O. A., Ein Plan ohne Konkreten Bauantrag, in: *FZ*, 19.5.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigal/ein-plan-ohne-konkreten-bauantrag-erst-das-gebäude-dann-die-minarette-LA2417692>], eingesehen 6.9.2017; O. A., Vorerst keine Moschee in Schlüchtern, in: *FZ*, 15.7.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigal/vorerst-keine-moschee-in-schluchtern-YJ2748212>], eingesehen 6.9.2017.

70 Teun A. van Dijk, *Racism and the Press (Critical studies in racism and migration)*, London – New York 1991, S. 246, [<http://www.discourses.org/OldBooks/Teun%20A%20van%20Dijk%20-%20Racism%20and%20the%20Press.pdf>] eingesehen 14.3.2018.

71 Ein Verein, dem etwa 800 überwiegend bosnische Familien angehören.

72 Ernst Furlinger, *The politics of non-recognition. Mosque construction in Austria*, in: Stefano Allievi (Hrsg.), *Mosques in Europe. Why a solution has become a problem.*, London 2010, S. 183–216, hier S. 199–200; O. A., Grundsteinlegung soll schönes Fest werden, in: *KIZ*, 9.5.2012, [<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/>]

Kurz vor der Veröffentlichung der Pläne hatte die steirische FPÖ im Landtagswahlkampf mit dem Online-Spiel „moschee.baba.“ für Aufregung gesorgt. Ziel des Spiels war es, durch Klicken den Bau von Minaretten vor einer österreichischen Kulisse zu verhindern. Aufmerksamkeit erregte auch der steirische Polizeidirektor, Alexander Gaisch, als er sich darum sorgte, dass Muslim_innen in der Grazer Moschee radikalisiert werden könnten. Sowohl der Verein, der das Gebetshaus bauen wollte, als auch zahlreiche Politiker_innen waren empört über diese allgemeine Unterstellung. Nur die FPÖ unterstützte Gaisch.⁷³

Wenige Tage vor der Grundsteinlegung befestigten Unbekannte sechs Schweinekopfhälften an einem Bauzaun und bespritzten ein Festzelt mit Schweineblut. Dennoch hoffte der bosnische Verein auf ein schönes Fest.⁷⁴ Nach dieser Feier wurde in den Medien nur wenig über die Grazer Moschee berichtet.

Da der Bau nur durch Spenden finanziert wurde, zogen sich die Bauarbeiten länger als geplant. Dem Verein war es aber wichtig, trotz dieser Finanzierungsart unabhängig zu bleiben. Waren Spenden mit Forderungen verknüpft, wurden sie abgelehnt. Der islamische Theologe Ednan Aslan stellte in einem Interview allerdings klar, dass eine Finanzierung aus dem Ausland niemals neutral wäre. Er hielt fest, „dass kein Mensch aus Katar, Saudi-Arabien oder woher auch immer nur aus der Liebe für den Islam in Europa investiert“⁷⁵. Aslan mahnte die österreichischen Politiker_innen außerdem, mehr auf die geistige Haltung der Betreiber_innen einer Moschee als auf ihre Gestaltung zu achten. Seiner Meinung nach leisteten die großen (saudischen) Moscheen in Österreich geistig nichts und schaden sogar. Dem vorausgegangen waren Aussagen des Grazer Bürgermeisters, wonach eine große, transparente Moschee kleinen Hinterhofmoscheen gegenüber zu bevorzugen wäre.⁷⁶

Als 2014 der erste Gebetsruf in Form von beleuchteten Folien vom stummen Minarett der – noch nicht vollendeten – Moschee ertönte, blieb es ruhig um das Bauprojekt. Erst 2016 wurde wieder vermehrt von dem Gebetshaus berichtet, als – ähnlich wie 2011 – Schweineköpfe und -blut auf dem Areal verteilt wurden. Besonders prekär an diesem Fall war, dass ein Mitarbeiter des Abwehramtes, der in die rechte Szene eingeschleust

3946742/Islamisches- Kulturzentrum_Grundsteinlegung-soll- schoenes-Fest- werden], eingesehen 29.8.2017; Helmut Bast, Islam trifft auf moderne Architektur, in: *KIZ*, 30.11.2009, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/grazumgebung/4446056/Minarett-in- Graz_Islam-trifft- auf- moderne-Architektur], eingesehen 30.8.2017; Gerald Winter, Ein „stummes Minarett“ für Graz, in: *KIZ*, 22.9.2011, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4292757/Ein-stummes- Minarett-fuer- Graz], eingesehen 30.8.2017; Klaus Höfler, Zwei Moscheen für Graz kurz vor Baustart. Furcht unbegründet, in: *DP*, 11.7.2011, [http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/677087/Zwei-Moscheen- fuer-Graz- kurz-vor- Baustart_Furcht- unbegrundet?from=suche.intern.portal], eingesehen 24.08.2017.

73 O. A., Anti-Minarett- Spiel. FP distanziert sich von „virtuellem Beschießen“, in: *KIZ*, 4.2.2011, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4227925/AntiMinarettSpiel_FP-distanziert- sich-von- virtuellem-Beschiessen], eingesehen 30.8.2017; Bernd Hecke/Julia Schafferhofer, Empörung über Polizeidirektor, in: *KIZ*, 14.11.2011, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4307975/Empoerung-ueber- Polizeidirektor], eingesehen 30.8.2017.

74 O. A., Grundsteinlegung soll schönes Fest werden, in: *KIZ*, 9.5.2012.

75 Gerald Winter-Pölsler, Moschee. „Finanzierung von außen ist nie neutral“, in: *KIZ*, 15.1.2015, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4639912/ISLAMDEBATTE_Moschee_Finanzierung-von-aussen-ist-nie-neutral], eingesehen 31.8.2017.

76 Gerald Winter-Pölsler, Moschee. „Finanzierung nie neutral“, in: *KIZ*, 15.1.2015; Gerald Winter, Stummes Minarett, in: *KIZ*, 22.9.2011.

worden war, an der Tat beteiligt gewesen war. Seit diesem Vorfall, der unter dem Namen *Operation Schweineohr* bekannt wurde, berichteten die Medien nicht mehr über das Grazer Kulturzentrum.⁷⁷ Zuvor war die Berichterstattung der *KIZ* großteils neutral gehalten. Es gab allerdings auch Artikel, denen deutlich eine Abneigung gegenüber einer der Konfliktparteien anzumerken war. Insgesamt wurde öfter positiv als negativ über den Moscheebau berichtet und die Moscheegegner_innen – allen voran die FPÖ – oftmals kritisiert. Im Ganzen betrachtet waren die Berichte der *KIZ* allerdings ausgewogen. Im Juli 2011 erschienen am gleichen Tag zwei Artikel zum Bau des Kulturzentrums – der eine berichtete vom Obmann des Vereins und zeichnete ein positives Bild, im anderen warnte der Sicherheitsdirektor der Steiermark vor dem radikalen Islamismus, der auch in der Steiermark zu finden sei.⁷⁸ Im Gegensatz zur Berichterstattung in Köln und Schlüchtern achtete die *KIZ* darauf, nicht in ein Wir/Sie-Denkmal zu fallen.

4.4 Bad Vöslau

Im September 2006 beantragte die Vöslauer ATIB den Bau einer repräsentativen Moschee mit zwei Minaretten auf einem Grundstück, das der Verein bereits besaß. Da das Gebäude außerdem noch ein Café, einen Frisör und andere Einrichtungen beherbergen sollte, sprachen sowohl ATIB als auch der Vöslauer Bürgermeister Christoph Prinz nicht von einer Moschee, sondern von einem türkischen Kulturzentrum. Der erste Plan für das Kulturzentrum sah eine Moschee nach türkischem Vorbild vor. Die Debatte um die Vöslauer Moschee entbrannte, als dieser Plan im November 2006 von einer lokalen Zeitung veröffentlicht wurde.⁷⁹

Kurz darauf formierte sich der Widerstand gegen das Bauprojekt. Eine der ersten Personen, die sich öffentlich gegen die Moschee stellte, war Lutz Nowotny, der Berater des Marketingbeirats der Gemeinde. Er fürchtete, dass der Tourismus vom islamischen Gebetshaus abgeschreckt werden könnte.⁸⁰ Später trug besonders die örtliche FPÖ mit Flugblättern und Unterschriftenaktionen zur Debatte bei. Im Dezember 2006 wandten sich einige Bewohner_innen Bad Vöslaus in einem offenen Brief an die Obfrau der FPÖ Niederösterreich, um ihren Ärger über diese Aktionen kundzutun. Sie wollten „das friedliche Miteinander mit unseren Vöslauer MitbürgerInnen türkischer Herkunft nicht aus polemischen und hetzerischen Gründen von außen zerstören lassen“⁸¹. Da das Gästebuch der Vöslauer Website seit der Veröffentlichung der Moscheepläne vor allem

77 O. A., Anschlag auf Grazer Moschee. Disziplinarverfahren im Abwehramt, in: *DP*, o. D., [http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/5130576/Anschlag-auf-Grazer-Moschee_Disziplinarverfahren-im-Abwehramt?from=suche.intern.portal], eingesehen 31.8.2017.

78 O. A., Moscheen-Betreiber: „Wir schließen radikale Elemente aus.“, in: *KIZ*, 4.7.2011, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4270797/MoscheenBetreiber_Wir-schliessen-radikale-Elemente-aus], eingesehen 21.9.2017; Hans Breitegger, „Diese Entwicklung ist besorgniserregend“, in: *KIZ*, 4.7.2011, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4270565/Radikaler-Islamismus_Diese-Entwicklung-ist-besorgniserregend], eingesehen 21.9.2017.

79 Füllinger, *The politics of non-recognition*, S. 201–202; Heine/Lohlker/Potz, *Muslimen in Österreich*, S. 127.

80 Füllinger, *Moscheebaukonflikte in Österreich*, S. 307.

81 *Badener Rundschau*, 21.12.2006, S. 22, zit. in: Füllinger, *Moscheebaukonflikte in Österreich*, S. 308; Heine/Lohlker/Potz, *Muslimen in Österreich*, S. 128.

von Gegner_innen des Projekts genutzt wurde, musste es geschlossen werden. Zum Ausgleich wurde ein Diskussionsforum eingerichtet.⁸² In Bad Vöslau Lebende, die gegen die Moschee waren, gründeten im Jänner 2007 die Arbeitsgemeinschaft Europäische Kultur (AEK) und verfassten eine Petition für ein Kulturzentrum ohne Minarett.⁸³ Sie forderten, statt einer Moschee ein überkonfessionelles Zentrum zu errichten und somit einen Raum für Begegnungen zu schaffen. Die FPÖ legte nach und erklärte, dass sie die Moschee ablehne, da Minarette und Kuppeln „Zeichen islamistischer Bewegungen“⁸⁴ seien, gegen die die österreichische Bevölkerung sich wehren müsse.

Auch Bürgermeister Prinz gab zu, dass er von den ersten Entwürfen nicht begeistert war. Er suchte daher das Gespräch mit dem Bauwerber. Obwohl die ATIB alle baurechtlichen Bestimmungen eingehalten hatte und somit das Gebetshaus nach den ersten Plänen hätte errichtet werden können, stimmte sie Verhandlungen über die Gestaltung und Verwendung der Moschee zu. Schon früh sicherten Vertreter_innen der ATIB beispielsweise zu, keine Gebetsrufe über die Minarette verkünden zu lassen. Nach einigen Gesprächen zwischen dem Bürgermeister und dem Projektleiter schlug Prinz eine Mediation vor, der die ATIB zustimmte und die im Januar 2007 begann.⁸⁵ Hauptthema des Mediationsverfahrens war die architektonische Gestaltung der Moschee, aber auch die Themen Integration und Zusammenleben wurden behandelt. Ein Vertreter der ATIB zeigte sich im Interview mit Ernst Furlinger enttäuscht darüber, dass der Gemeinderat nur an der Architektur des Gebäudes interessiert gewesen war. Es hätte niemanden interessiert, welche Inhalte der Verein vertrete. Obwohl die Mehrheit der ATIB-Mitglieder dafür war, den ursprünglichen Plan umzusetzen, wurden in der Mediation dreißig verschiedene Baupläne besprochen. Letztendlich entschieden sich die beiden Mediationsparteien für einen schlichten Bau in U-Form, der zur Straße hin geöffnet ist. Die Kuppel wurde verkleinert und so gesetzt, dass sie von der Straße aus kaum zu sehen ist. Die Minarette werden an die Innenseite des Gebäudes gesetzt und so verkürzt, dass auch sie kaum noch auffallen. Kurz vor dem Ende der Mediation zog sich die FPÖ aus dem Verfahren zurück, da das neue Gebäude sich nicht mit ihren Vorstellungen vereinbaren ließ. Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll goss erneut Öl ins Feuer der Debatte um das Kulturzentrum, als er Minarette als „etwas Artfremdes in unserer Kultur“ bezeichnete. Besonders die Tageszeitung *Der Standard* (DS) kritisierte Pröll daraufhin sehr stark. Beanstandet wurde vor allem, wie tief die Hemmschwelle für fremdenfeindliche Aussagen bei einigen Politiker_innen gesunken wäre.⁸⁶

82 Furlinger, Moscheebaukonflikte in Österreich, S. 313.

83 Die Motive und Ziele der AEK waren besonders deshalb schwer einzuschätzen, da ihre Mitglieder lange Zeit anonym agierten.

84 Furlinger, Moscheebaukonflikte in Österreich, S. 312–313.

85 Geleitet wurde die Mediation von DI Herbert Beyer.

86 Furlinger, Moscheebaukonflikte in Österreich, S. 315–330; Heine/Lohlker/Potz, Muslime in Österreich, S. 128; O. A., Aufregung auch in Bad Vöslau, in: *DS*, 16.10.2007, [<http://derstandard.at/3011046/Aufregung-auch-in-Bad-Voeslau>], eingesehen 1.9.2017; Erich Kocina, Der Architekt der versteckten Türme, in: *DP*, 5.12.2009, [<http://diepresse.com/home/panorama/religion/526567/Der-Architekt-der-versteckten-Tuerme?from=suche.intern.portal>], eingesehen 1.9.2017; O. A., Erwin Pröll auf Haiders Spuren, in: *DS*, 24.10.2007, [<http://derstandard.at/3026891/Erwin-Proell-auf-Haiders-Spuren>], eingesehen 1.9.2017.

Zeitgleich mit dem Beginn der Mediation in Bad Vöslau forderte die FPÖ Niederösterreich, dass über Moscheebauten künftig auf Landesebene entschieden werden sollte. Vorbild waren die Bundesländer Kärnten und Vorarlberg, in denen es eine solche Regelung gab. Die Änderung der niederösterreichischen Bauordnung wurde 2010 beschlossen.⁸⁷

Trotz der Widerstände wurde im März 2008 mit dem Bau des muslimischen Kulturzentrums in Bad Vöslau begonnen. Die Bauarbeiten verliefen ohne Störaktionen und größere Verzögerungen. Das Gebäude wurde im Oktober 2009 eröffnet. Nach der Eröffnung kam es zu keinen weiteren Problemen. Vermutlich verlief der Konflikt in Bad Vöslau deshalb relativ ruhig, weil es gelang, „die Diskussion innerhalb der Gemeinde zu halten und zu vermeiden, dass sie politisch zu sehr ausgebeutet wurde“⁸⁸.

Auch in den Medien wurde sehr kontrovers über Österreichs zweite repräsentative Moschee berichtet. Besonders die lokale Zeitung *Badener Rundschau* (BR) berichtete häufig über den geplanten Sakralbau. Ganz nach dem Motto „die, über die gesprochen wird, sprechen selber nicht“⁸⁹, kamen – ähnlich wie in Schlüchtern – der Bauträger_innen und muslimische Bewohner_innen Bad Vöslaus selbst nur selten zu Wort.

5. Fazit

Obwohl beide Länder, Deutschland und Österreich, schon lange in Berührung mit dem Islam stehen, löst der Bau von muslimischen Sakralbauten oft Widerstand in der Bevölkerung aus. Rein rechtlich unterscheiden sich muslimische Sakralbauten nicht von anderen (Groß-)Bauprojekten. Moscheekonflikte sind demzufolge ein gesellschaftliches Phänomen. Der Ablehnung dieser Gebäude liegt meist die Angst vor dem Unbekannten zugrunde. Diese wird von Moscheegegner_innen gezielt genutzt und verstärkt, um mehr Menschen gegen das jeweilige Bauprojekt zu mobilisieren.⁹⁰

Beim Vergleich der behandelten Moscheekonflikte fällt auf, dass sich der Verlauf der Kontroversen stark ähnelt. Alle vier Konflikte verlaufen – mit leichten Abweichungen – nach dem Muster, das von Jana Kübel definiert wurde. Die meisten Unterschiede finden sich in der ersten Ebene, in der vor allem infrastrukturelle Probleme angesprochen werden. Diese beziehen sich auf die jeweiligen lokalen Gegebenheiten. Dennoch werden auch hier meist ähnliche Argumente angeführt. Dazu zählen Parkplatznot, eine schwierige Verkehrslage, Lärmbelästigung und baurechtliche Angelegenheiten. Noch bevor die ersten Pläne überhaupt veröffentlicht waren, wurde in Köln beispielsweise über ein mögliches Verkehrschaos und fehlende Parkplätze gesprochen. Darauf folgten Diskussionen über Integration und Parallelgesellschaften. Besonders am Fall der Kölner Zentralmoschee ist, dass schon sehr früh die dritte, radikale Phase einsetzte.

87 Heine/Lohlker/Potz, *Muslimen in Österreich*, S. 131–133; Furlinger, *Moscheebaukonflikte in Österreich*, S. 332 und S. 335.

88 Furlinger, *Moscheebaukonflikte in Österreich*, S. 331; Heine/Lohlker/Potz, *Muslimen in Österreich*, S. 128.

89 Castro Varela/Dhawan, *Postkoloniale Theorie*, S. 36. (Hervorhebung im Original); Furlinger, *Moscheebaukonflikte in Österreich*, S. 314.

90 Heine/Lohlker/Potz, *Muslimen in Österreich*, S. 128.

Diese Entwicklung wurde vor allem durch Pro Köln vorangetrieben. Im Vergleich dazu verlief der Konflikt um die Grazer Moschee recht harmlos. Zwar kam es auch hier zum Widerstand von Seiten der Bevölkerung, den meisten Gegenwind bekam der bosnische Verein allerdings von Seiten der Politik. Prägnant für den Konfliktverlauf in Graz waren die beiden Störaktionen, bei denen Schweineköpfe und Schweineblut zum Einsatz kamen. Ein so radikales Vorgehen von kleinen Gruppen gab es bei den anderen Konflikten nicht. Auch die beiden ländlichen Moscheekonflikte weisen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede auf. Der Verlauf ähnelt dem der städtischen Konflikte. Auffallend ist, dass sich sowohl in Schlüchtern als auch in Bad Vöslau früh Bürgerbewegungen gegen das jeweilige Bauvorhaben gründeten. Im Gegensatz zu Schlüchtern hatten die Moscheegegner_innen in Bad Vöslau allerdings keinen Erfolg. Das ist vor allem der vom Vöslauer Bürgermeister initiierten Mediation zu verdanken. Auch wenn der Kompromiss um das Aussehen der Moschee für viele nicht zufriedenstellend war, kann die Art und Weise, wie in Vöslau mit dem Konflikt umgegangen wurde, doch als vorbildhaft bezeichnet werden. Zu kritisieren ist sowohl in Bad Vöslau als auch bei den anderen Konflikten, dass die Diskussionen und Kompromisse sich letztendlich fast ausschließlich um die äußerliche Gestaltung des Gebetshauses drehten. Die geistige Haltung der Betreiber_innen blieb dabei oftmals unbeachtet.

Insgesamt ließen sich bei der Analyse der gewählten Konflikte keine grundlegenden Unterschiede feststellen. Sowohl der Vergleich von Deutschland und Österreich als auch der Vergleich von Stadt und Land zeigte mehr Gemeinsamkeiten als Gegensätze. Darunter fällt auch die Ähnlichkeit der am Konflikt beteiligten Parteien und ihr Vorgehen. Bei jedem Konflikt waren neben dem Verein, der eine Moschee errichten wollte, und den Politiker_innen, die über das Bauvorhaben entscheiden sollten, noch weitere Konfliktparteien involviert. Bürger_innenbewegungen sind eine typische Art dieser zusätzlichen Beteiligten.

Auch in der Berichterstattung ähneln sich die einzelnen Konflikte sehr. Während sie vordergründig in den meisten Fällen neutral wirkte, konnte vielen Artikeln bei näherer Betrachtung doch eine klare Wertung entnommen werden. Bezeichnend war auch das Wir-/Sie-Denken, das vielen Berichten zugrunde lag und damit die Denkweise der Leser_innen beeinflusste.⁹¹

Neben dem hier aufgezeigten typischen Verlauf von Moscheekonflikten weist die aktuelle politische Entwicklung⁹² darauf hin, dass Deutschland und Österreich noch weit von der gesellschaftlichen Anerkennung des Islams entfernt sind.

91 Lindner, „Wo, wenn nicht in Köln“, S. 214.

92 Rechte Parteien erhalten sowohl in Deutschland als auch in Österreich vermehrt Zustimmung. Die offen rechtsextreme AfD erzielte bei der Bundestagswahl 2017 in Deutschland beispielsweise 12,6%.

6. Literatur

Abdullah, Muhammad Salim, Was will der Islam in Deutschland? (Gütersloher Taschenbücher), Gütersloh 1993.

Allievi, Stefano, Conflicts over mosques in Europe. Policy issues and trends, London 2009.

Aslan, Ednan/Yildiz, Erol, Muslimische Alltagspraxis in Österreich. Ein Kompass zur religiösen Diversität, Wien 2013, [https://iis.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_iis/muslimische_alltagspraxis_in_oesterreich.projektbericht.pdf], eingesehen 25.6.2017.

ATIB, Vereine, o. D., [<http://www.atib.at/vereine/>], eingesehen 8.8.2017.

BGBl 39/2015, Bundesgesetz über die äußeren Rechtsverhältnisse islamischer Religionsgemeinschaften, [https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2015_I_39/BGBLA_2015_I_39.pdf], eingesehen 7.8.2017.

Bozay, Kemal, Kulturkampf von recht. Das Dilemma der Kölner Moscheedebatte, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 198–212.

Castro Varela, Mariá do Mar/Dhawan, Nikita, Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, Bielefeld 2005.

Ceylan, Rauf, Islam und Urbanität. Moscheen als multifunktionale Zentren in der Stadtgesellschaft, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 183–197.

Dijk, Teun A. van, Racism and the Press (Critical studies in racism and migration), London – New York 1991, [<http://www.discourses.org/OldBooks/Teun%20A%20van%20Dijk%20-%20Racism%20and%20the%20Press.pdf>], eingesehen 14.3.2018.

DITIB, Gründung und Struktur, o. D., [<http://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=8&lang=de>], eingesehen 29.7.2017.

Egger, Ralf/Hans-Peter Meister, Transparente Public Affairs. Die politische Mediation, in: Jörg Rieksmeier (Hrsg.), Praxisbuch: Politische Interessenvermittlung. Instrumente – Kampagnen – Lobbying, Wiesbaden 2007, S. 95–105.

Europäisches Parlament (Fachreferat Struktur- und Kohärenzpolitik), Islam in der Europäischen Union. Was steht für die Zukunft auf dem Spiel?, Brüssel 2007, [[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2007/369031/IPOL-CULT_ET\(2007\)369031_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2007/369031/IPOL-CULT_ET(2007)369031_DE.pdf)], eingesehen 31.8.2017.

Fürlinger, Ernst, Moscheebaukonflikte in Österreich. Nationale Politik des religiösen Raums im globalen Zeitalter (Wiener Forum für Theologie und Religionswissenschaft), Göttingen 2013.

Fürlinger, Ernst, The politics of non-recognition. Mosque construction in Austria, in: Stefano Allievi (Hrsg.), *Mosques in Europe. Why a solution has become a problem*, London 2010, S. 183–216.

Hafez, Farid, Muslimische Aggiornamenti und Denominationalismus in Österreich. Eine Analyse des Fallbeispiels „Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich“, in: Jürgen Nautz/Kristina Stöckl/Roman Siebenrock (Hrsg.), *Öffentliche Religionen in Österreich. Politikverständnis und zivilgesellschaftliches Engagement* (Edition Weltordnung – Religion – Gewalt), Innsbruck 2013, S. 211–223.

Halm, Dirk, *Der Islam als Diskursfeld. Bilder des Islams in Deutschland*, Wiesbaden 2008.

Heine, Susanne/Lohlker, Rüdiger/Potz, Richard, *Muslimen in Österreich. Geschichte, Lebenswelt, Religion*, Innsbruck-Wien 2012.

Hohage, Christoph, *Moschee-Konflikte. Wie überzeugungsbasierte Koalitionen lokale Integrationspolitik bestimmen*, Wiesbaden 2013.

Hohmann, René Peter, *Konflikte um Moscheen in Deutschland. Eine Fallstudie zum Moscheebauprojekt in Schlüchtern (Hessen)*, Saarbrücken 2012.

IGGiÖ, Entstehung, o. D., [<http://www.derislam.at/?c=content&cssid=Entstehung&navid=110&par=10>], eingesehen 7.8.2017.

IGGiÖ, Moschee und muslimische Bauten aus praktischer Perspektive, in: Nina Birner (Hrsg.), *Islam als Teil der Gemeinde. Islam in Österreich, Moscheebau & Dialog – Informationen für Gemeinden, Organisationen & Multiplikator/innen*, Wien 2015, S. 31–42.

Islamlexikon, Moschee. Masdschid und Dschami, in: *focus online*, o. D., [http://www.focus.de/wissen/mensch/religion/islam/islamlexikon/moschee_aid_12305.html], eingesehen 20.6.2017.

Jäger, Siegfried, *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Münster 2009⁵.

Jäger, Siegfried/Zimmermann, Jens (Hrsg.), *Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste*, Münster 2010.

Kraft, Sabine, *Islamische Sakralarchitektur in Deutschland. Eine Untersuchung ausgewählter Moschee-Neubauten* (Ästhetik – Theologie – Liturgik), Münster 2002.

Kreutz, Michael/ Sarhan, Aladdin, Between religious freedom and social acceptance. The construction of mosques in re-unified Germany, in: Stefano Allievi (Hrsg.), *Mosques in Europe. Why a solution has become a problem*, London 2010, S. 89–109.

Kübel, Jana, „moschee.ade oder moschee.at?“. Eine Konfliktanalyse auf der Suche nach Islamophobie in Österreich, in: John Bunzl/Farid Hafez (Hrsg.), *Islamophobie in Österreich*, Innsbruck-Wien-Bozen 2009, S. 127–143.

Lauterbach, Burkhard R./Lottermoser, Stephanie, *Fremdkörper Moschee? Zum Umgang mit islamischen Kulturimporten in westeuropäischen Großstädten*, Würzburg 2009.

Leggewie, Claus, Warum es Moscheebaukonflikte gibt und wie man sie bearbeiten kann, in: Bärbel Beinbauer-Köhler/Claus Leggewie (Hrsg.), *Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung*, München 2009, S. 117–218.

Limon, Ihsan D., *Zeitgenössische Moscheen in Europa. Kultstätten der Muslime in Deutschland und in Österreich*, Bd. 2.1, Offenbach am Main 2012.

Lindner, Andreas, „Wo, wenn nicht in Köln?“- Zur Moscheebau-Berichterstattung des Kölner Stadtanzeigers, in: Alexander Häusler (Hrsg.), *Rechtspopulismus als Bürgerbewegung, Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*, Wiesbaden 2008, S. 213–223.

Potz, Richard, Moscheebau in Europa. Eine rechtliche Perspektive, in: Nina Birner (Hrsg.), *Islam als Teil der Gemeinde. Islam in Österreich, Moscheebau & Dialog – Informationen für Gemeinden, Organisationen & Multiplikator/innen*, Wien 2015, S. 43–55.

Rohe, Mathias, *Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme*, München 2016.

Schakfeh, Anas, Die rechtliche Situation der Muslime in Österreich, in: Thorsten Gerald Schneiders/Lamya Kaddor (Hrsg.), *Muslime im Rechtsstaat (Veröffentlichungen des Centrums für Religiöse Studien Münster)*, Münster 2005, S. 79–88.

Schwarz, Ulrich, Vom Schlachtfeld zur Kulturnation. Ein Volk erkennt sich selbst, in: *Spiegel Special 1* (2007), S. 40–48, hier S. 48, [<http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/50620291>], eingesehen 23.9.2017.

Spielhaus, Riem/Martin Herzog, *Die rechtliche Anerkennung des Islams in Deutschland (Forum Berlin)*, Berlin 2015.

Spuler-Stegemann, Ursula, *Muslime in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander*, Freiburg-Basel-Wien 1998.

Stichs, Anja, Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31.12.2015, 14.12.2016, [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp71-zahl-muslimedeutschland.pdf;jsessionid=45AA5B9B02BC5D3836DA665921F0FB1E.1_cid368?__blob=publicationFile], eingesehen 25.6.2017.

ZMD, Selbstdarstellung, o. D., [<http://islamrat.de/selbstdarstellung/>], eingesehen 4.8.2017.

7. Quellen

7.1 Printmedien

7.1.1 Der Standard. Österreichs unabhängige Tageszeitung (DS)

O. A., Aufregung auch in Bad Vöslau, in: DS, 16.10.2007, [<http://derstandard.at/3011046/Aufregung-auch-in-Bad-Voeslau>], eingesehen 1.9.2017.

O. A., Erwin Pröll auf Haiders Spuren, in: DS, 24.10.2007, [<http://derstandard.at/3026891/Erwin-Proell-auf-Haiders-Spuren>], eingesehen 1.9.2017.

7.1.2 Die Presse (DP)

Höfler, Klaus, Zwei Moscheen für Graz kurz vor Baustart. Furcht unbegründet, in: DP, 11.7.2011, [http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/677087/Zwei-Moscheen-fuer-Graz-kurz-vor-Baustart_Furcht-unbegruendet?from=suche.intern.portal], eingesehen 24.8.2017.

Kocina, Erich, Der Architekt der versteckten Türme, in: DP, 5.12.2009, [<http://diepresse.com/home/panorama/religion/526567/Der-Architekt-der-versteckten-Tuerme?from=suche.intern.portal>], eingesehen 1.9.2017.

O. A., Anschlag auf Grazer Moschee. Disziplinarverfahren im Abwehramt, in: DP, o. D., [http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/5130576/Anschlag-auf-Grazer-Moschee_Disziplinarverfahren-im-Abwehramt?from=suche.intern.portal], eingesehen 31.8.2017.

7.1.3 Fuldaer Zeitung (FD)

O. A., Ahmadiyya planen Moscheebau im Schlüchtener Industriegebiet, in: FZ, 8.2.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigtal/ahmadiyya-planen-moscheebau-im-schluchterner-industriegebiet-JY1809964>], eingesehen 3.9.2017.

O. A., Moscheebau. Offener Brief an Fraktion, in: FZ, 11.3.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigtal/moscheebau-offener-brief-an-fraktionen-1516843-BH2090416>], eingesehen 3.9.2017.

O. A., Pipa. Moschee als Chance nutzen, in: FZ, 24.4.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigtal/pipa-moschee-als-chance-nutzen-1685037-EB2300363>], eingesehen 5.9.2017.

O. A., SPD und Grüne weiter für Moscheebau, in: FZ, 19.5.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigtal/spd-und-grune-weiter-fur-moscheebau-keine-einheitliche-meinung-in-cdu-XK2408440>], eingesehen 6.9.2017.

O. A., Ein Plan ohne Konkreten Bauantrag, in: FZ, 19.5.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigtal/ein-plan-ohne-konkreten-bauantrag-erst-das-gebäude-dann-die-minarette-LA2417692>], eingesehen 6.9.2017.

O. A., Vorerst keine Moschee in Schlüchtern, in: FZ, 15.7.2014, [<http://www.fuldaerzeitung.de/regional/kinzigtal/vorerst-keine-moschee-in-schluchtern-YJ2748212>], eingesehen 6.9.2017.

7.1.4 Kleine Zeitung (KIZ)

Bast, Helmut, Islam trifft auf moderne Architektur, in: KIZ, 30.11.2009, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/grazumgebung/4446056/Minarett-in-Graz_Islam-trifft-auf-moderne-Architektur], eingesehen 30.8.2017.

Breitegger, Hans, „Diese Entwicklung ist besorgniserregend“, in: KIZ, 4.7.2011, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4270565/Radikaler-Islamismus_Diese-Entwicklung-ist-besorgniserregend], eingesehen 21.9.2017.

Hecke, Bernd/Schafferhofer, Julia, Empörung über Polizeidirektor, in: KIZ, 14.11.2011, [<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4307975/Empoerung-ueber-Polizeidirektor>], eingesehen 30.8.2017.

O. A., Anti-Minarett- Spiel. FP distanziert sich von „virtuellem Beschießen“, in: KIZ, 4.2.2011, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4227925/AntiMinarettSpiel_FP-distanziert-sich-von-virtuellem-Beschiessen], eingesehen 30.8.2017.

O. A., Grundsteinlegung soll schönes Fest werden, in: KIZ, 9.5.2012, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/3946742/Islamisches-Kulturzentrum_Grundsteinlegung-soll-schoenes-Fest-werden], eingesehen 29.8.2017.

O. A., Moscheen-Betreiber: „Wir schließen radikale Elemente aus.“, in: KIZ, 4.7.2011, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4270797/MoscheenBetreiber_Wir-schliessen-radikale-Elemente-aus], eingesehen 21.9.2017.

Winter, Gerald, Ein „stummes Minarett“ für Graz, in: KIZ, 22.9.2011, [<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4292757/Ein-stummes-Minarett-fuer-Graz>], eingesehen 30.8.2017.

Winter-Pölsler, Gerald, Moschee. „Finanzierung von außen ist nie neutral“, in: KIZ, 15.1.2015, [http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/4639912/ISLAMDEBATTE_Moschee_Finanzierung-von-aussen-ist-nie-neutral], eingesehen 31.8.2017.

7.1.5 Kölner Stadt-Anzeiger. Kölnische Zeitung (KStA)

Damm, Andreas, Grüne für Moschee in Ehrenfeld, in: KStA, 1.11.2003, [<http://www.ksta.de/gruene-fuer-moschee-in-ehrenfeld-14368520>], eingesehen 11.8.2017.

Damm, Andreas, Mehr als 7000 Unterschriften ungültig, in: KStA, 7.5.2007, [<http://www.ksta.de/mehr-als-7000-unterschriften-ungueltig-13782014>], eingesehen 12.8.2017.

Frangenberg, Helmu, Im Bündnis mit Rechtsextremen, in: KStA, 28.6.2006, [<http://www.ksta.de/im-buendnis-mit-rechtsextremen-13535742>], eingesehen 12.8.2017.

Frangenberg, Helmut, Nicht-Muslime bestimmen über Entwurf für Moschee, in: KStA, 21.9.2005, [<http://www.ksta.de/auch-nicht-muslime-bestimmen-ueber-entwurf-fuer-moschee-13579600>], eingesehen 9.8.2017.

Hümmeler, Christian, Haus für Gebet und Begegnung in Köln, in: KStA, 7.3.2006, [<http://www.ksta.de/haus-fuer-gebet-und-begegnung-in-koeln-13391006>], eingesehen 11.8.2017.

Mayer, Thomas, Henryk M. Broder für Zentralmoschee, in: KStA, 21.6.2007, [<http://www.ksta.de/henryk-m-broder-fuer-zentralmoschee-13414202>], eingesehen 14.8.2017.

O. A., Beirat zum Kölner Moscheebau berufen, in: KStA, 21.8.2007, [<http://www.ksta.de/beirat-zum-koelner-moscheebau-berufen-13153590>], eingesehen 15.8.2017.

O. A., Ditib-Zentralmoschee. Mit fünf Jahren Verspätung endlich in Betrieb, in: KStA, 26.7.2017, [<http://www.ksta.de/politik/ditib-zentralmoschee-in-koeln-mit-fuenf-jahren-verspaetung-endlich-in-betrieb-28069526>], eingesehen 24.8.2017.

O. A., Entscheidung. Rat bewilligt Moschee, in: KStA, 28.8.2008, [<http://www.ksta.de/entscheidung-rat-bewilligt-moscheebau-13773264>], eingesehen 20.8.2017.

O. A., Kölner Ditib-Moschee. Prozess um Baumängel beginnt neu, in: KStA, 25.6.2014, [<http://www.ksta.de/koeln/ehrenfeld/koelner-ditib-moschee-prozess-um-baumaengel-beginnt-neu-912382>], eingesehen 24.8.2017.

O. A., Leitartikel. Köln gegen Rechts – Der Lächerlichkeit preisgegeben, in: KStA, 21.9.2008, [<http://www.ksta.de/leitartikel-koeln-gegen-rechts-der-laecherlichkeit-preisgegeben-13728868>], eingesehen 22.8.2017.

O. A., Moscheebau. Bauaufsicht verlangt Aufklärung, in: KStA, 27.10.2011, [<http://www.ksta.de/moscheebau-bauaufsicht-verlangt-aufklaerung-11719686>], eingesehen 23.8.2017.

O. A., Moschee-Streit schlägt immer höhere Wellen, in: KStA, 21.6.2007, [<http://www.ksta.de/moschee-streit-schlaegt-immer-hoehere-wellen-13716374>], eingesehen 14.8.2017.

O. A., Reaktionen. Rechte wollen gegen Votum klagen, in: KStA, 29.8.2008, [<http://www.ksta.de/reaktionen-rechte-wollen-gegen-votum-klagen-13773302>], eingesehen 20.8.2017.

O. A., Rechte Randale in Kölner Innenstadt, in: KStA, 17.6.2007, [<http://www.ksta.de/rechte-randale-in-koelner-innenstadt-13264830>], eingesehen, 14.8.2017.

Rösgen, Heribert, Ehrenfelder äußern ihre Bedenken, in: KStA, 4.5.2006, [<http://www.ksta.de/ehrenfelder-aeussern-ihre-bedenken-13752330>], eingesehen 11.8.2017.

Sommerfeld, Franz, Interview mit Ralph Giordano und Bekir Alboga, in: KStA, 16.5.2007, [<http://www.ksta.de/-stoppt-den-bau-dieser-moschee-13354502>], eingesehen 12.8.2017.

Nina Hechenblaikner ist Studentin der Geschichtswissenschaften und studentische Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck.

Nina.Hechenblaikner@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Nina Hechenblaikner, Moscheen in Deutschland und Österreich. Grundrecht oder Provokation?, in: *historia.scribere* 10 (2018), S. 349–378, [<http://historia.scribere.at>], eingesehen 19.6.2018 (=aktuelles Datum).